



Konjunkturbericht

Die wirtschaftliche Entwicklung
zum Jahresende 2015

Jahrgang 66 (2015) Heft 4

Impressum

Vorstand des RWI

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)

Prof. Dr. Wim Kösters

Verwaltungsrat

Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl (Vorsitzender);

Manfred Breuer; Prof. Dr. Claudia Buch; Reinhold Schulte (Stellv. Vorsitzende)

Hans Jürgen Kerkhoff; Dr. Thomas A. Lange; Dr.-Ing. Herbert Lütkestratkötter;
Hans Martz; Andreas Meyer-Lauber; Dr. Stefan Profit; Hermann Rappen; Prof.
Regina T. Riphahn, Ph.D.; Dr. Michael H. Wappelhorst; Josef Zipfel

Forschungsbeirat

Prof. Regina T. Riphahn, Ph.D. (Vorsitzende);

Prof. Dr. Stefan Felder (Stellv. Vorsitzender)

Prof. Dr. Monika Bütler; Prof. Dr. Lars P. Feld; Prof. Dr. Alexia Fürnkranz-
Prskawetz; Prof. Timo Goeschl, Ph.D.; Prof. Timothy W. Guinnane, Ph.D.; Prof. Dr.
Kai Konrad; Prof. Dr. Wolfgang Leininger; Prof. Dr. Nadine Riedel; Prof. Dr. Kerstin
Schneider; Prof. Dr. Conny Wunsch

Ehrenmitglieder des RWI

Heinrich Frommknecht; Dr. Eberhard Heinke; Prof. Dr. Paul Klemmer †;

Dr. Dietmar Kuhnt

RWI Konjunkturberichte

Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Hohenzollernstraße 1-3, 45128 Essen, Tel. 0201-8149-0

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2015

Schriftleitung:

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Redaktionelle Bearbeitung:

Katharina Fischer, Sabine Weiler

Konzeption und Gestaltung:

Julica Marie Bracht, Daniela Schwindt

ISSN 1861-6305 (online)

Konjunkturberichte

**Die wirtschaftliche Entwicklung
zum Jahresende 2015
Jahrgang 66 (2015)**

Heft 4



Mitglied der



Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Binnenwirtschaftlicher Aufschwung setzt sich fort

Roland Döhrn, György Barabas, Angela Fuest, Heinz Gebhardt, Philipp an de Meulen, Martin Micheli, Svetlana Rujin, Torsten Schmidt und Lina Zwick 5

Konjunktur in Nordrhein-Westfalen: Expansion weiterhin schwächer als im Bundesgebiet

Roland Döhrn, György Barabas und Angela Fuest..... 23

Prognosen für 2015 im Rückblick

Roland Döhrn 35

Inhalt

Roland Döhrn, György Barabas, Angela Fuest, Heinz Gebhardt, Philipp an de Meulen, Martin Micheli, Svetlana Rujin, Torsten Schmidt und Lina Zwick

Binnenwirtschaftlicher Aufschwung setzt sich fort¹

***Zusammenfassung:** Der Konjunkturaufschwung in Deutschland setzt sich fort. Zuletzt hatten sich seine Triebkräfte zu Gunsten der Inlandsnachfrage verschoben. Insbesondere die privaten Konsumausgaben und der staatliche Konsum legten kräftig zu, während die Anlageinvestitionen nur schwach aufwärts gerichtet waren. Die Außenwirtschaft dämpfte per saldo die Expansion. An diesen Tendenzen dürfte sich im Prognosezeitraum wenig ändern. Motor der Expansion werden voraussichtlich die verfügbaren Einkommen bleiben. Konjunkturelle Impulse kommen von den Ausgaben des Staates im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration. Das BIP wird im kommenden Jahr voraussichtlich um 1,8% und im Jahr 2017 um 1,7% steigen, nach einem Plus von 1,7% in diesem Jahr. Dabei ist ein beschleunigter Preisauftrieb von 1,1% (2016) bzw. 1,6% (2017) zu erwarten, insbesondere weil die dämpfenden Effekte der gesunkenen Energiepreise auslaufen. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort, jedoch dürfte die Arbeitslosenquote allmählich steigen, weil mehr und mehr Asylbewerber mit geringer Qualifikation in den Arbeitsmarkt eintreten. Die staatlichen Ausgaben für Flüchtlinge, aber auch eine leicht expansiv ausgerichtete Finanzpolitik lassen den staatlichen Budgetüberschuss von voraussichtlich 26 Mrd. € in diesem Jahr auf 7 Mrd. € in Jahr 2016 sinken.*

***Abstract:** The German economy remains in an economic upswing. Driving force now is domestic demand, in particular private and government consumption. Gross fixed capital formation continued to be weak, whereas net exports had a dampening effect on GDP. Over the forecast horizon these tendencies will prevail. The expansion is fueled by disposable income. Additional stimulus will come from public spending in the context of the refugee migration. GDP is expected to grow by 1.8% in the next and 1.7% in 2017 after a 1.7% increase in 2015. Inflation will rise to 1.1% (2016) and 1.6% (2017) because the influence of declining energy prices will phase out. Employment is forecasted stay on an upward path. At the same time, unemployment rate will increase because refugees with low qualifications will enter the labor market. Public spending for refugees but also a more expansionary fiscal stance will cut the fiscal balance surplus from € 27 bn in this year to € 7 bn in 2016.*

¹ Abgeschlossen am 9.12.2015: Wir danken Thomas Bauer, Wim Kösters und Sabine Weiler für ihre Anmerkungen zu früheren Fassungen dieses Beitrags.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland hat sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 mit einem gegenüber dem ersten Halbjahr unveränderten Tempo fortgesetzt. Dabei haben sich die Triebkräfte der Expansion zu Gunsten der Inlandsnachfrage verschoben. Insbesondere die privaten Konsumausgaben und der staatliche Konsum legten kräftig zu, während die Anlageinvestitionen nur schwach aufwärts gerichtet waren. Von der Außenwirtschaft gingen per saldo dämpfende Effekte aus. Die Exporte verloren deutlich an Schwung, wohl insbesondere wegen der sich abschwächenden Nachfrage aus den Schwellenländern. Zugleich nahmen die Einfuhren angesichts der kräftigen Inlandsnachfrage erneut spürbar zu.

Im Prognosezeitraum wird sich aus heutiger Sicht an den beschriebenen Tendenzen wenig ändern. Die Expansion dürfte weiterhin von der Inlandsnachfrage getragen sein, deren Motor ein kräftiger Anstieg der verfügbaren Einkommen ist. Zwar werden die privaten Konsumausgaben voraussichtlich in abnehmendem Maße von den Real-einkommenseffekten der gesunkenen Rohölpreise profitieren. Stimulierend dürfte allerdings wirken, dass die Sozialleistungen ausgeweitet werden und Entlastungen bei der Einkommensteuer in Kraft treten. Zudem stützen staatliche Transfers an die Flüchtlinge die Konsumnachfrage. Aufgrund der hohen Flüchtlingsmigration ist außerdem, insbesondere für 2016, ein deutlich erhöhter Staatskonsum zu erwarten, da die Aufwendungen für die Ausstattung und den Betrieb der Flüchtlingsunterkünfte sowie für Unterkunft, Verpflegung, medizinische Versorgung und Integration der Migranten beträchtlich zunehmen (Kasten). Auch muss der Staat Personal in der Verwaltung und für die schulische Betreuung von Flüchtlingskindern einstellen, da der erhöhte Aufwand nicht alleine durch die Umwidmung von Stellen zu leisten ist.

Vergleichsweise moderat dürften die Investitionen ausgeweitet werden. Günstig entwickelt sich dabei der Wohnungsbau. Er wird wohl nicht nur von den steigenden Einkommen und den nach wie vor niedrigen Zinsen angeregt werden, sondern auch vom erhöhten Wohnungsbedarf aufgrund der Zuwanderung, der sich wohl nach und nach in der Neubautätigkeit niederschlagen wird. Die Unternehmensinvestitionen werden sich trotz steigender Auslastung der Produktionskapazitäten nur langsam erholen, auch weil sich aufgrund der wohl weiterhin unsicheren Exportaussichten weltmarktorientierte Sektoren bei Kapazitätsausweitungen zurückhalten dürften.

Die Exporte werden im Prognosezeitraum voraussichtlich mit vergleichsweise geringen Raten steigen. Dies liegt im Wesentlichen an der nur verhalten zunehmenden Nachfrage aus den Schwellenländern. Dieser stehen zwar die sich wohl fortsetzende Erholung im Euro-Raum und der Gewinn an preislicher Wettbewerbsfähigkeit durch die Abwertung des Euro entgegen, jedoch kann dies die dämpfenden Wirkungen nicht ausgleichen. Alles in allem nehmen die Ausfuhren aber lediglich mit Raten von

RWI Konjunkturbericht 66 (4)

4½% zu. Bei weiterhin lebhaften Importen ist daher zu erwarten, dass vom Außenbeitrag im Prognosezeitraum keine Impulse für die gesamtwirtschaftliche Expansion ausgehen werden.

Vor diesem Hintergrund dürfte der Aufschwung im Prognosezeitraum nur wenig Fahrt aufnehmen – ungeachtet der wohl anhaltend niedrigen Zinsen, einer leicht expansiv ausgerichteten Finanzpolitik und beträchtlichen, im Wesentlichen durch eine Verringerung der staatlichen Budgetüberschüsse finanzierten staatlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration. Nach einer Zunahme des BIP um voraussichtlich 1,7% in diesem Jahr dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im kommenden Jahr um 1,8% ausgeweitet werden. Für 2017 wird zwar eine etwas geringere jahresdurchschnittliche Zunahme des BIP von 1,7% erwartet (Schaubild 1). Dies reflektiert aber vor allem einen negativen Kalendereffekt aufgrund einer 2017 außergewöhnlich geringen Zahl von Arbeitstagen; kalenderbereinigt beträgt der Zuwachs 1,9% (Tabelle 1).

Die deutsche Wirtschaft wird damit spürbar stärker wachsen als das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial (Barabas et al. 2015), so dass die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung zunimmt. Eine deutliche Überauslastung, von der ein massiver Preisauftrieb ausgehen könnte, zeichnet sich aber nicht ab. Die Kerninflation wird leicht steigen. Da jedoch die dämpfenden Wirkungen seitens der gesunkenen Energiepreise auslaufen, dürfte sich der Anstieg der Inflation dem der Kerninflation annähern. Die Teuerung dürfte damit nach 0,3% in diesem Jahr, im kommenden Jahr 1,1% und im Jahr 2017 1,6% erreichen.

Tabelle 1

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2014 bis 2017; in %

	2014	2015 ^p	2016 ^p	2017 ^p
Statistischer Überhang ¹	0,7	0,5	0,5	0,7
Jahresverlaufsrate ²	1,5	1,4	1,9	1,8
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,6	1,5	1,7	1,9
Kalendereffekt ³	0,0	0,2	0,1	-0,2
Durchschnittliche Veränderung	1,6	1,7	1,8	1,7

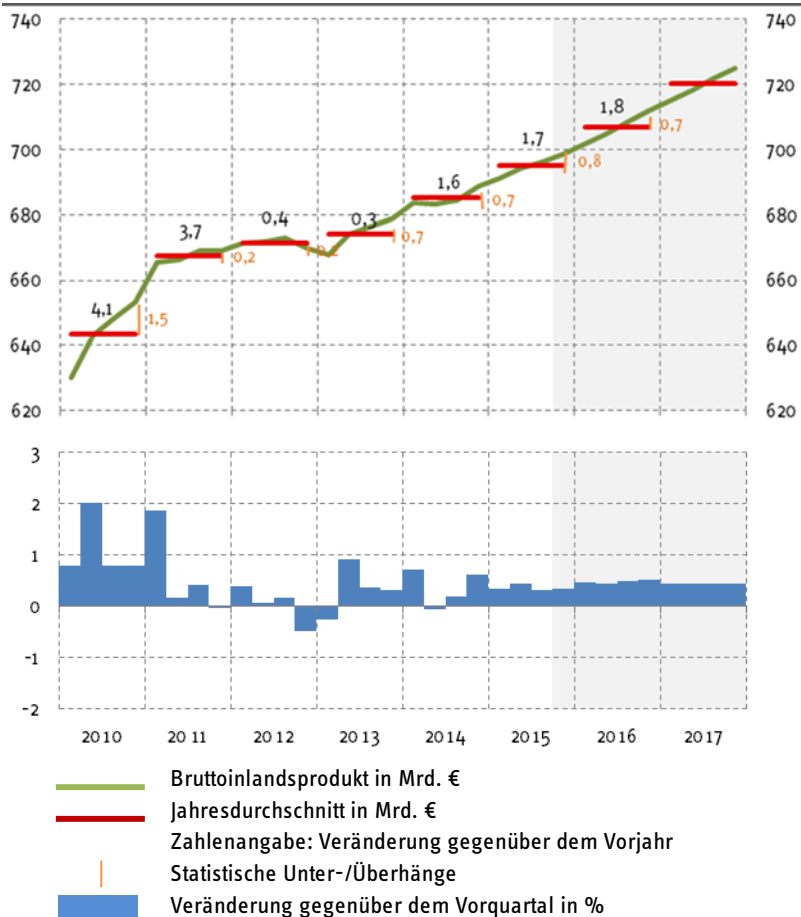
Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – ³In % des realen BIP. – ^pEigene Prognose.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015

Schaubild 1

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2010 bis 2017; real, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab viertes Quartal 2015 eigene Prognose.

Angesichts des Konjunkturaufschwungs und der Verschiebung der Auftriebskräfte zur Binnennachfrage, von der in hohem Maße die personalintensiveren Dienstleistungssektoren profitieren, dürfte die Beschäftigung weiter spürbar zunehmen. Gleichwohl zeichnet sich für den Prognosezeitraum eine steigende Zahl registrierter Arbeitslosigkeit ab, insbesondere da die Beschäftigungschancen vieler Flüchtlinge

Kasten

Gesamt- und finanzwirtschaftliche Wirkungen der Flüchtlingsmigration

Im Sommer 2015 hat sich die Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern nach Deutschland beträchtlich verstärkt. Wurden von Januar bis Mai nur knapp 35 000 Personen pro Monat in der Erstregistrierung als asylsuchend erfasst, so nahm deren Zahl bis November auf mehr als 200 000 zu. Im Jahr 2015 insgesamt dürfte die Zahl der Asylsuchenden etwas über einer Million liegen. Eine Zuwanderung in diesem Umfang bleibt nicht ohne gesamt- und finanzwirtschaftliche Wirkungen. Zunächst belastet Zuwanderung vor allem die öffentlichen Haushalte, da Asylbewerber einen gesetzlichen Anspruch auf Transferleistungen haben und Sachaufwendungen des Staates anfallen. Mit einer zeitlichen Verzögerung treten Asylsuchende in den Arbeitsmarkt ein. Auf mittlere Sicht ändert sich das Erwerbspersonenpotenzial und, in Abhängigkeit von der Qualifikation der Asylsuchenden, das potenzielle Wachstum. Allerdings besteht erhebliche Unsicherheit über diese Wirkungen. Um sie zu quantifizieren, muss eine Reihe von Annahmen getroffen werden, die im Folgenden dargelegt werden.

Die in dieser Prognose berücksichtigten Effekte der Flüchtlingsmigration werden aus einem kleinen Rechenmodell abgeleitet. Es setzt an den im Ersterfassungssystem EASY registrierten Asylbewerbern an, weil die Angaben zu den Asylanträgen aufgrund von Engpässen bei der Antragstellung derzeit wenig aussagekräftig sind. Für die Jahre 2016 und 2017 wird unterstellt, dass die Zahl neuer Asylbewerber auf 750 000 bzw. 500 000 zurückgeht. Nicht alle Erfassten bleiben in Deutschland. Aufgrund der zeitweise chaotischen Situation an den Grenzen ist darüber hinaus davon auszugehen, dass es zu Fehlern bei der Erfassung kam. Daher wird angenommen, dass lediglich 80% der im EASY-System erfassten Ankömmlinge einen Asylantrag stellen. Aufgrund des derzeitigen Rückstaus bei der Registrierung von Asylanträgen dürfte trotz des unterstellten Nachlassens der Flüchtlingsmigration die Zahl der Asylanträge im kommenden Jahr auf 775 000 steigen und im Jahr 2017 lediglich auf 600 000 zurückgehen.

Mit Blick auf den unterschiedlichen Anspruch auf Sozialleistungen und den Zugang zum Arbeitsmarkt unterscheidet das Rechenmodell vier Gruppen von Asylbewerbern:

i *Noch nicht registrierte Asylbewerber sowie Bewerber, deren Anträge erst kürzlich gestellt wurden, sind in der Regel in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht. Sie erhalten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ein geringes Taschengeld. Daneben fallen relativ hohe Sachleistungen für Unterbringung, Verpflegung, medizinische Untersuchungen und eine Erstausrüstung mit Dingen des täglichen Bedarfs an.² Diese Personengruppe hat keinen regulären Zugang zum Arbeitsmarkt.*

² *Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 13, Reihe 7) ergaben sich im Jahr 2014 je Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen nach dem AsylbLG Grundleistungen von rund 2000 € pro Monat. Die Ausgaben sind erheblich höher als bei Asylbewerbern außerhalb solcher Einrichtungen (gut 300 €). Allerdings enthalten die Angaben für letztere nicht die Kosten der Unterkunft. Auch ist der Pro-Kopf-Aufwand für medizinische Leistungen in Erstaufnahmeeinrichtungen besonders hoch, was daran liegen dürfte, dass dort die Erstuntersuchung aller Asylbewerber*

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015

Annahmen zur Flüchtlingsmigration

Jahressummen

	2014	2015 ^s	2016 ^p	2017 ^p
Flüchtlingszuwanderung ¹	238 676	1 008 470	750 000	500 000
Gestellte Asylanträge ²	202 815	488 680	775 000	600 000
Asylentscheide	128 911	282 340	720 000	720 000
Anerkannte Asylbewerber	40 563	109 430	476 100	527 250

Eigene Berechnungen nach Angaben des BAMF. – ¹Im EASY-System erfasste Flüchtlinge. – ²Einschließlich Folgeanträge. – ³Dezember geschätzt. – ^pEigene Prognose.

- i** Nach einiger Zeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen werden die Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Sie erhalten nach dem AsylbLG eine Zuwendung, die auch in Form von Sachleistungen erbracht werden kann. Die Kosten der Unterbringung, der Integration (Sprachkurse) und der medizinischen Versorgung übernimmt der Staat.³ Unter bestimmten Voraussetzungen können sie eine Arbeit aufnehmen, haben jedoch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld.
- i** Anerkannte Asylbewerber oder Flüchtlinge mit Bleiberecht haben die gleichen Ansprüche auf Sozialleistungen und den gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt wie EU-Bürger. Finden sie keine Beschäftigung, haben sie in der Regel Anspruch auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II. Hinzu kommen Aufwendungen für Schul-, Aus- und Weiterbildung sowie für Arbeitsvermittlung.
- i** Abgelehnte Asylbewerber werden in einem in den einzelnen Bundesländern unterschiedlichen Maße geduldet. Sie haben Anspruch auf Sozialleistungen, der allerdings von den Kommunen nicht einheitlich gehandhabt wird.

Entscheidend für den Staatshaushalt wie für den Arbeitsmarkt ist die Verteilung der Flüchtlinge auf diese vier Gruppen. Bezüglich des Verbleibs in Erstaufnahmeeinrichtung wird angenommen, dass Asylbewerber während der Wartephase auf den Asylantrag und der ersten drei Monate ab Antragstellung in einer Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht sind. Danach erfolgt eine dezentrale Unterbringung.

Wie rasch über Asylanträge entschieden wird, hängt insbesondere von den Kapazitäten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ab. Zuletzt gab es hier Engpässe; Ende Oktober 2015 waren fast 330 000 Verfahren anhängig. Die Bundesregierung plant, das Personal des BAMF aufzustocken. Es wird unterstellt, dass ab Januar 2016 monatlich 60 000 Anträge entschieden werden. Dies entspricht einer Verdoppelung gegenüber Oktober 2015.

erfolgt. Allerdings dürfte ein Teil der Ausgaben Fixkosten-Charakter haben. Es ist daher mit zunehmender Dauer der Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen mit einem Rückgang der monatlichen Ausgaben zu rechnen.

³ Asylbewerber mit einer Wartezeit auf einen Asylentscheid von mehr als 15 Monaten haben einen erhöhten Transferanspruch.

Entscheidend für die Wirkung der Flüchtlingsmigration auf das Arbeitsangebot ist, inwieweit die Bewerber als Flüchtlinge oder Asylsuchende anerkannt werden.⁴ In jüngster Zeit kommen verstärkt Asylbewerber aus Herkunftsländern, bei denen die sog. Schutzquoten in der Vergangenheit hoch waren.⁵ Aufgrund der Veränderung der Herkunftsstruktur wird davon ausgegangen, dass die durchschnittliche Schutzquote von schätzungsweise 46% in diesem Jahr auf 66% im kommenden Jahr und auf 73% im Jahr 2017 steigt. Aus alledem ergeben sich knapp 480 000 anerkannte Asylbewerber im Jahr 2016 und knapp 530 000 im Jahr 2017.

Die Erwerbsneigung unter den Migranten dürfte hoch sein. Rund 75% sind zwischen 15 und 64 Jahre alt, befinden sich also im erwerbsfähigen Alter. Die Partizipationsrate dürfte aufgrund des hohen Anteils junger Männer mit 80% vergleichsweise hoch sein. Da auch Asylbewerber – wenn auch beschränkt – Zugang zum Arbeitsmarkt haben, wird hier angenommen, dass zum Zeitpunkt der Anerkennung als Asylbewerber 20% einen Arbeitsplatz haben. Für die Zeit danach ist unterstellt, dass Monat für Monat 1,5% der zuvor arbeitslosen anerkannten Asylbewerber in Beschäftigung gelangen.⁶ Trotz des so implizierten allmählichen Rückgangs der Arbeitslosigkeit ergibt sich für die seit 2014 nach Deutschland gekommenen und als Flüchtlinge bzw. Asylbewerber anerkannten Migranten eine im Durchschnitt hohe Arbeitslosenquote von 64% im Jahr 2017. Zum Vergleich: Die Arbeitslosenquote unter allen Migranten aus außereuropäischen Asylherkunftsländern betrug in der Vergangenheit rund 40%. Soweit die anerkannten Asylbewerber arbeitslos sind, haben sie Anspruch auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch.

Abgelehnte Asylbewerber bleiben erfahrungsgemäß noch einige Zeit in Deutschland bis sie ausreisen oder ausgewiesen werden. Hier ist unterstellt, dass in jedem Monat gut 25% der zur Ausreise verpflichteten Asylbewerber Deutschland verlassen, dass sich deren Zahl aber jeweils um die in diesem Monat abgelehnten Asylbewerber erhöht.⁷

4 Der Flüchtlingsstatus ergibt sich aus der Genfer Flüchtlingskonvention, während sich der Anspruch auf Asyl aus Artikel 16a des Grundgesetzes ergibt. In der weitaus überwiegenden Zahl der Entscheidungen des BAMF wird die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt.

5 Rund 70% der Asylanträge im November wurden von Bewerbern aus Syrien, dem Irak und Afghanistan gestellt, deren Anträge bisher weitaus überwiegend positiv entschieden wurden.

6 Diese Abgangsrate impliziert, dass ein anerkannter Asylbewerber nach vier Jahren mit einer Wahrscheinlichkeit von knapp 40% noch arbeitslos ist. Dies entspricht in etwa den Ergebnissen einer Untersuchung von Brücker et al. (2015). Danach waren fünf Jahre nach der Ankunft in Deutschland rund 50% der Flüchtlingsmigranten im Alter von 15 bis 64 Jahren beschäftigt. Unter Berücksichtigung der hier unterstellten Partizipationsrate dieser Altersgruppe von 80% entspricht dies einer Arbeitslosenquote von knapp 40%.

7 Gesicherte Angaben zur Ausreise abgelehnter Asylbewerber gibt es unseres Wissens nicht. In einer beachtlichen Zahl von Fällen ist diese allerdings bereits vor Beendigung des Asylverfahrens erfolgt („Sonstige Verfahrenserledigung“). Der angesetzte Wert wurde kalibriert aufgrund von Angaben des Statistischen Bundesamtes zur Zahl der Empfänger von Leistungen für Asylbewerber, vollziehbar zur Ausreise verpflichtet sind jeweils zum Jahresende 2013 und 2014, und der Zahl der negativen Asylbescheide im Jahr 2014.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015

Staatliche Mehrausgaben aufgrund der Flüchtlingsmigration			
Mehrausgaben gegenüber 2014, in Mrd. €			
	2015	2016	2017
Mehrausgaben insgesamt	4,73	12,61	11,41
AsylbLG	3,26	7,32	3,95
SGB ¹	0,63	2,64	5,02
Andere Ausgaben ²	0,84	2,64	2,43
Alternativrechnungen			
Schnellere Antragbearbeitung ³	4,73	12,37	10,31
Raschere Arbeitsmarktintegration ⁴	4,76	12,84	11,23
Raschere Abschiebung ⁵	4,62	12,33	11,22

Eigene Berechnungen. – ¹Arbeitslosengeld II, Kosten der Unterkunft, Krankenversicherung. – ²Verwaltungskosten, Kosten von Integrationskursen, höhere Ausgaben im Schulbereich. – ³Erledigung von 70 000 statt 60 000 Asylanträgen pro Monat ab Januar 2016. – ⁴Statt 1,5% finden 2,5% der im Vormonat arbeitslosen anerkannten Asylbewerber eine Stelle; die Aufwendung für Integrationskurse belaufen sich auf 3000 statt 2000 € je anerkannten Asylbewerber. – ⁵40% der im Vormonat hier noch lebenden abgelehnten Asylbewerber verlassen Deutschland.

Bezüglich der Sozialleistungen werden gleiche Leistungen wie für anerkannte Asylbewerber unterstellt.

Um die Ableitung der migrationsbedingten Mehrausgaben des Staates abzurunden, werden außerdem Verwaltungskosten, Kosten von Integrationsmaßnahmen und Kosten für die schulische Betreuung minderjähriger Asylbewerber eingerechnet.⁸ Bezüglich der Verwaltungskosten wird eine Pauschale von 100 € je Asylbewerber und Monat berücksichtigt. Für Integrationsmaßnahmen wird eine einmalige Aufwendung von 2000 € je anerkannten Asylbewerber in die Rechnung einbezogen. Schließlich wird unterstellt, dass die schulische Betreuung minderjähriger Asylbewerber monatliche Kosten von 300 € pro Kopf verursacht.⁹

Ausgehend von diesen Annahmen und von den in den Gesetzen festgelegten Sozialleistungen ist damit zu rechnen, dass die Aufwendungen für Asylbewerber und Flüchtlinge in diesem Jahr die Ausgaben des Jahres 2014 um 4,7 Mrd. € übersteigen. Für 2016

⁸ *Fast alle Bundesländer haben inzwischen Nachtragshaushalte vorgelegt, die Stellenausweitungen vorsehen und diese mit der Flüchtlingsmigration begründen. So will Nordrhein-Westfalen rund 2400 Planstellen schaffen, davon allein 2100 Stellen in Schulen (Landtag Nordrhein-Westfalen 2015).*

⁹ *Die Ausgaben je Schüler in allgemeinbildenden Schulen lagen nach Angaben des statistischen Bundesamtes 2012 bei 6800€ im Jahr bzw. 567 € im Monat. Bei einem Teil der Kosten handelt es sich um Fixkosten, so dass hier für zusätzlich betreute Flüchtlingskinder Grenzkosten angesetzt werden, die unter den Durchschnittskosten liegen.*

ergibt sich ein Mehraufwand gegenüber 2014 von 12,6 Mrd. €. ¹⁰ Für 2017 ist ein Mehraufwand von noch 11,4 Mrd. € zu erwarten, zum einen weil von einer abnehmenden Zahl von Asylbewerbern ausgegangen wird, zum anderen weil die anerkannten Asylbewerber nach und nach Beschäftigung finden. Die Kosten verlagern sich dabei vom Bereich des AsylbLG in den Bereich des SGB.

Das Rechenmodell enthält einige Stellgrößen, die es erlauben, die Sensitivität der Aufwendungen gegenüber einzelnen Annahmen zu überprüfen. Eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen würde die Ausgaben im Jahr 2017 um rund eine Milliarde Euro reduzieren, selbst wenn man höhere Verwaltungskosten in Rechnung stellt. Eine raschere Integration in den Arbeitsmarkt würde 2016, zumindest wenn sie wie hier angenommen durch höhere Aufwendungen für Integrationskurse ermöglicht wird, zunächst sogar etwas höhere Kosten verursachen und erst 2017 Einsparungen erbringen. Eine raschere Ausreise abgelehnter Asylbewerber würde zu geringfügig niedrigeren Ausgaben des Staates führen.

Die Ausgaben für Flüchtlinge stellen einen Nachfrageimpuls dar, der über verschiedene Wirkungskanäle die Konjunktur stimuliert und damit auch Mehreinnahmen und Minderausgaben für den Staat induziert. So führen die monetären Transfers an die Asylbewerber zu einer höheren Konsumnachfrage und damit zu höheren Einnahmen bei den Verbrauchsteuern. Die zur Bewältigung der Flüchtlingsmigration geschaffenen Stellen und die anfallenden Sachleistungen erhöhen den Staatsverbrauch und die Beschäftigung des Staates, weshalb höhere Einnahmen aus Einkommensteuer und Sozialbeiträgen anfallen. Um diese indirekten Effekte der Flüchtlingsmigration abzuschätzen, wurden Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell durchgeführt.

Danach ist die Zunahme des BIP in diesem Jahr zu etwa 0,2%-Punkten auf die erhöhten staatlichen Aufwendungen für Flüchtlinge zurückzuführen. Die entspricht in etwa dem Primärimpuls, da die Ausgaben schwerpunktmäßig erst gegen Ende des Jahres getätigt werden und daher die Kreislaufwirkungen noch gering sind. Der Effekt auf die Zuwachsrate des BIP im kommenden Jahr beträgt rund 0,3%-Punkte. Einerseits werden durch die wachsende Nachfrage Multiplikatoreffekte angestoßen, andererseits kommt es zu Sickerverlusten, weil die Einfuhren zunehmen. Zudem fließt ein Teil der zusätzlichen Einkommen in Form von Steuern und Sozialabgaben zurück an den Staat. Im Jahr 2017 ist bei rückläufigen Ausgaben der Effekt auf die BIP-Rate leicht negativ.

Die Ausgaben für die Flüchtlinge stimulieren – wie jedes Defizit-finanzierte Ausgabenprogramm – kurzfristig die Konjunktur. Auf mittlere bis längere Sicht ergeben sich einerseits Belastungen. So dürfte ein hoher Teil der Migranten auf längere Sicht auf Sozialleistungen angewiesen sein. Auch wird die Verschuldung des Staates langsamer

¹⁰ Die geschätzten Mehrausgaben gegenüber 2014 sind etwas höher als die vom SVR (2015: 17) in seinem Basisszenario berechneten. Dies liegt zum einen daran, dass hier zusätzlich Verwaltungskosten und Kosten für das Schulsystem berücksichtigt wurden. Zum anderen führt die Unterscheidung von Asylbewerbern innerhalb und außerhalb von Erstaufnahmeeinrichtungen zu Aufwendungen je Asylbewerber, die über den aus der Vergangenheit abgeleiteten Werten liegen.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015

abgebaut wird als dies ohne die Flüchtlingsmigration der Fall gewesen wäre. Andererseits ist die Zuwanderung überwiegend junger Erwerbspersonen für eine alternde Gesellschaft eine Chance, da sie das Erwerbspersonenpotenzial erhöht und ein künftig höheres Wachstum ermöglicht. Entscheidend wird es sein, wie es gelingt, dieses Potenzial zu nutzen.

aufgrund fehlender Sprachkenntnisse und vielfach geringer beruflicher Qualifikationen schlecht sind, so dass diese nach ihrer Anerkennung in erheblichem Umfang arbeitslos sein werden. Dieser Effekt dürfte vor allem im Jahr 2017 spürbar werden. Wir erwarten eine Arbeitslosenquote von jeweils 6,4% in diesem und im kommenden Jahr und einen Anstieg auf 6,6% im Jahr 2017 (Tabelle 2).

Die hohe Flüchtlingsmigration führt auch dazu, dass sich die Finanzlage des Staates im Prognosezeitraum verschlechtern wird. Für das laufende Jahr zeichnet sich allerdings ein hoher Überschuss von 26 Mrd. € bzw. 0,9 % des Bruttoinlandsprodukts ab; dies ist der höchste seit der Wiedervereinigung. Im Jahr 2014 hatte der Überschuss lediglich 9 Mrd. € betragen. Ausschlaggebend für die Verbesserung des Saldos waren zum einen die infolge der zunehmenden Beschäftigung und der merklichen Lohnsteigerungen kräftig sprudelnden Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen, zum anderen die aufgrund äußerst günstiger Refinanzierungskonditionen weiter sinkenden Zinsausgaben des Staates. Hinzu kommen Sonderfaktoren: Eine Versteigerung von Funklizenzen brachte in diesem Jahr Mehrerlöse von 5,1 Mrd. €, und der Haushaltsüberschuss im Jahr 2014 war durch zwei Gerichtsentscheidungen (eines im Bereich der Gewinnbesteuerung und eines im Bereich der Umsatzsteuer) um knapp 8 Mrd. € geschmälert worden.

Der Budgetüberschuss in diesem Jahr wäre noch höher ausgefallen, hätte nicht die Flüchtlingsmigration zu Mehrausgaben in einer Größenordnung von 4½ Mrd. € geführt. Für das kommende Jahr ist ein Rückgang des Überschusses zu erwarten. Dies hat zum einen technische Gründe: Es fallen keine weiteren Versteigerungserlöse an. Zum anderen ist die Finanzpolitik expansiv ausgerichtet (Döhrn et al. 2015: 75). So hat die Bundesregierung für den Zeitraum zwischen 2016 und 2018 ein weiteres Investitionspaket in Höhe von 10 Mrd. € aufgelegt, und aus dem schon zur Jahresmitte 2015 eingerichteten „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ dürften verstärkt Mittel abgerufen werden. Hinzu kommen Steuersenkungen: Zu Beginn des Jahres 2016 werden der Grund- und der Kinderfreibetrag sowie das Kindergeld erneut angehoben. Zudem wird der Einkommensteuertarif nach rechts verschoben, um die durch die kalte Progression in den Jahren 2014 und 2015 entstandenen Mehrbelastungen abzubauen. Schließlich werden die öffentlichen Haushalte durch nochmals zunehmende Aufwendungen für die Unterbringung, die Versorgung und die Integration von Flüchtlingen belastet; sie dürften rund 8 Mrd. € höher ausfallen als 2015 (vgl. Kasten),

RWI Konjunkturbericht 66 (4)

Tabelle 1

Eckwerte der RWI-Konjunkturprognose vom Dezember 2015

2014 bis 2017, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2014	2015 ^P	2016 ^P	2017 ^P
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,6	1,7	1,8	1,7
Verwendung ¹				
Konsumausgaben	1,1	2,1	2,0	1,5
Private Haushalte ²	0,9	2,0	1,9	1,4
Staat	1,7	2,4	2,2	1,8
Anlageinvestitionen	3,5	2,1	2,6	3,0
Ausrüstungen	4,5	4,0	2,9	3,4
Bauten	2,9	0,7	2,4	2,9
Sonstige Anlagen	3,1	2,7	2,4	2,4
Vorratsveränderung (Wachstumsbeitrag)	-0,3	-0,5	-0,1	-0,1
Inlandsnachfrage	1,3	1,5	2,0	1,8
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	0,4	0,3	-0,1	0,0
Ausfuhr	4,0	5,6	3,8	4,4
Einfuhr	3,7	5,9	4,8	5,2
Erwerbstätige ³ , in 1000	42 703	43 025	43 325	43 600
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2 898	2 795	2 815	2 960
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	6,7	6,4	6,4	6,6
Verbraucherpreise ⁶	0,9	0,3	1,1	1,6
Lohnstückkosten ⁷	1,9	1,8	1,6	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁸				
in Mrd.€	8,9	26	7	9
in % des nominalen BIP	0,3	0,9	0,2	0,3
Leistungsbilanzsaldo ⁹				
in Mrd.€	212,1	253	259	259
in % des nominalen BIP	7,3	8,4	8,3	8,0
Nachrichtlich				
Bruttoinlandsprodukt USA	2,4	2,5	2,6	2,5
Bruttoinlandsprodukt Euro-Raum	0,9	1,5	1,5	1,6
Inflation Euro-Raum	0,4	0,0	0,7	1,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Im Inland. - ⁴Nationale Abgrenzung. - ⁵Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. - ⁶Verbraucherpreisindex. - ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁸In der Abgrenzung der VGR. - ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. - ^PEigene Prognose.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015

womit sich der finanzpolitische im Jahr 2016 auf reichlich 8 Mrd. € belaufen wird. Da die Mehrausgaben des Staates die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimulieren, dürften ihnen aber auch Mehreinnahmen bei Steuern und Sozialabgaben gegenüberstehen. Gleichwohl ist zu erwarten, dass sich der Budgetüberschuss im Jahr 2016 auf knapp 7 Mrd. € verringert.

Für 2017 zeichnet sich ein etwas höherer Haushaltsüberschuss von gut 9 Mrd. € ab. Weitere Steuersenkungen sind nicht angekündigt, so dass der progressive Einkommensteuertarif wieder ungeschmälert greift. Zudem wird der Beitragssatz zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,2%-Punkte angehoben, um die Leistungsausweitungen der zweiten Pflegereform zu finanzieren. Unter den hier getroffenen Annahmen zur Flüchtlingsmigration dürften jedoch die Aufwendungen des Staates in diesem Zusammenhang wieder sinken.

Literatur

Barabas, G., H. Gebhardt, T. Schmidt und K. Weyerstraß (2015), Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2020: Potenzialausweitung eröffnet Spielraum für solides Wirtschaftswachstum. *RWI-Konjunkturbericht* 66 (3): 99-109.

Brücker, H., A. Hauptmann und E. Vallizadeh (2015), Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand September 2015. *Aktuelle Berichte* 14/2015. Nürnberg, IAB.

Döhrn, R., G. Barabas, A. Fuest, H. Gebhardt, P. an de Meulen, M. Micheli, S. Rujin und L. Zwick (2015), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Konjunktur bleibt aufwärts gerichtet. *RWI-Konjunkturbericht* 66 (3): 39-98.

Landtag Nordrhein-Westfalen (2015), Ergänzung der Landesregierung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/9300: Haushaltsgesetz 2016 und zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/9302: Gemeindefinanzierungsgesetz-GFG 2016 und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015), Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt. Jahresgutachten 2015/16. Wiesbaden.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 bis 2017

	2014		2015		2016		2017		2015		2016		2017	
	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts														
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr														
Erwerbstätige	0,9	0,8	0,7	0,6	0,7	0,9	0,9	0,6	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7
Arbeitsvolumen	1,2	1,1	1,0	0,8	0,8	1,4	1,3	0,7	1,0	0,7	1,0	0,6	1,0	0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,3	0,3	0,3	0,1	0,1	0,5	0,4	0,1	0,4	0,1	0,4	0,1	0,4	-0,1
Produktivität ¹	0,4	0,6	0,8	0,9	0,9	0,6	0,6	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,6	1,7	1,8	1,7	1,7	1,4	2,0	2,0	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,5
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen														
a) Mrd. EUR														
Konsumausgaben	2.156,2	2.222,7	2.300,3	2.373,5	2.458,5	2.542,2	2.626,9	2.712,1	2.800,0	2.890,0	2.980,0	3.070,0	3.160,0	3.250,0
Private Haushalte ²	1.592,2	1.634,0	1.686,6	1.733,3	1.786,6	1.837,4	1.890,6	1.942,2	1.996,6	2.050,0	2.103,3	2.156,7	2.210,0	2.263,3
Staat	564,0	588,7	613,8	640,1	671,9	704,8	731,3	767,8	793,4	820,0	846,7	873,3	900,0	926,7
Anlageinvestitionen	585,1	605,3	629,2	657,5	686,8	716,2	746,6	777,0	807,4	837,8	868,2	898,6	929,0	959,4
Ausrüstungen	189,8	198,1	204,5	212,0	219,5	227,0	234,5	242,0	249,5	257,0	264,5	272,0	279,5	287,0
Bauten	291,8	298,8	311,6	327,6	337,3	349,2	362,1	375,0	387,9	400,8	413,7	426,6	439,5	452,4
Sonstige Anlageinvestitionen	103,5	108,4	113,1	117,9	122,0	126,0	130,1	134,0	138,0	142,0	146,0	150,0	154,0	158,0
Vorratsveränderung ³	- 22,0	- 40,9	- 45,1	- 48,6	- 52,1	- 55,6	- 59,1	- 62,6	- 66,1	- 69,6	- 73,1	- 76,6	- 80,1	- 83,6
Inländische Verwendung	2.719,3	2.787,1	2.884,3	2.982,4	3.080,5	3.178,6	3.276,7	3.374,8	3.472,9	3.571,0	3.669,1	3.767,2	3.865,3	3.963,4
Außenbeitrag	196,4	237,8	242,8	244,5	246,2	247,9	249,6	251,3	253,0	254,7	256,4	258,1	259,8	261,5
Nachrichtlich: in Relation zum BIP in %	6,7	7,9	7,8	7,6	7,6	7,7	7,7	7,7	7,7	7,7	7,7	7,7	7,7	7,7
Exporte	1.333,2	1.422,5	1.472,8	1.547,6	1.622,5	1.697,4	1.772,3	1.847,2	1.922,1	1.997,0	2.071,9	2.146,8	2.221,7	2.296,6
Importe	1.136,8	1.184,7	1.230,0	1.303,1	1.376,0	1.448,9	1.521,8	1.594,7	1.667,6	1.740,5	1.813,4	1.886,3	1.959,2	2.032,1
Bruttoinlandsprodukt	2.915,7	3.024,9	3.127,1	3.226,9	3.326,7	3.426,5	3.526,3	3.626,1	3.725,9	3.825,7	3.925,5	4.025,3	4.125,1	4.224,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr														
Konsumausgaben	2,5	3,1	3,5	3,2	3,2	3,0	3,2	3,2	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1	3,2
Private Haushalte ²	1,9	2,6	3,2	2,8	2,8	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,9
Staat	4,1	4,4	4,3	4,3	4,3	3,8	4,9	4,6	4,0	4,0	4,3	4,3	4,3	4,3
Anlageinvestitionen	5,0	3,5	3,9	4,5	4,5	2,8	4,1	3,7	4,2	4,2	4,9	4,2	4,9	4,2
Ausrüstungen	4,7	4,4	4,4	3,2	3,7	4,1	4,7	4,4	4,7	4,4	4,4	4,4	4,4	3,0
Bauten	5,2	2,4	4,3	5,2	5,2	1,3	3,4	3,9	4,6	4,6	5,4	5,0	5,4	5,0
Sonstige Anlageinvestitionen	6,8	4,7	4,3	4,3	4,3	4,8	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,2
Inländische Verwendung	2,6	2,5	3,5	3,4	3,4	1,9	3,0	3,6	3,4	3,4	3,5	3,3	3,5	3,3
Exporte	3,9	6,7	3,5	6,4	5,1	7,0	6,4	3,5	3,6	3,6	5,4	4,8	5,4	4,8
Importe	2,1	4,2	3,8	5,9	5,9	4,0	4,4	3,3	4,3	4,3	6,3	5,6	6,3	5,6
Bruttoinlandsprodukt	3,4	3,7	3,4	3,2	3,2	3,5	4,0	3,7	3,1	3,1	3,3	3,1	3,3	3,1

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 bis 2017

	2014		2015		2016		2017		2015		2016		2017	
	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR	2014		2015		2016		2017		2015		2016		2017	
	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
Konsumausgaben	2 020,1	2 062,3	2 103,5	2 135,6	2 135,6	2 135,6	2 135,6	2 135,6	1 008,6	1 053,6	1 032,3	1 071,2	1 047,9	1 087,7
Private Haushalte ¹	1 503,3	1 532,8	1 562,3	1 584,3	1 584,3	1 584,3	1 584,3	1 584,3	748,3	784,5	765,1	797,2	775,7	808,5
Staat	516,8	529,5	541,2	551,1	551,1	551,1	551,1	551,1	260,3	269,2	267,2	274,0	272,0	279,1
Anlageinvestitionen	546,3	557,9	572,3	589,3	589,3	589,3	589,3	589,3	267,5	290,4	274,0	298,3	283,1	306,2
Ausrüstungen	186,9	194,4	200,0	206,8	206,8	206,8	206,8	206,8	91,8	102,6	94,2	105,9	98,0	108,8
Bauten	262,4	264,2	270,6	278,5	278,5	278,5	278,5	278,5	127,1	137,1	130,1	140,6	134,1	144,3
Sonstige Anlageinvestitionen	97,0	99,6	102,0	104,5	104,5	104,5	104,5	104,5	48,6	50,9	49,8	52,2	51,1	53,4
Inländische Verwendung	2 545,5	2 584,8	2 637,6	2 684,4	2 684,4	2 684,4	2 684,4	2 684,4	1 272,6	1 312,2	1 301,4	1 336,3	1 326,6	1 357,8
Exporte	1 281,8	1 353,5	1 404,3	1 466,4	1 466,4	1 466,4	1 466,4	1 466,4	664,3	689,2	690,2	714,0	723,4	743,0
Importe	1 090,0	1 153,9	1 209,2	1 271,9	1 271,9	1 271,9	1 271,9	1 271,9	562,0	591,9	588,8	620,3	621,8	650,1
Bruttoinlandsprodukt	2 736,4	2 783,1	2 832,4	2 880,0	2 880,0	2 880,0	2 880,0	2 880,0	1 374,2	1 408,9	1 402,3	1 430,1	1 428,3	1 451,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,1	2,1	2,0	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	2,0	2,1	2,3	1,7	1,5	1,5
Private Haushalte ¹	0,9	2,0	1,9	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	2,0	1,9	2,2	1,6	1,4	1,4
Staat	1,7	2,4	2,2	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	2,1	2,8	2,6	1,8	1,8	1,9
Anlageinvestitionen	3,5	2,1	2,6	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	1,4	2,8	2,4	2,7	3,3	2,6
Ausrüstungen	4,5	4,0	2,9	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,6	4,4	2,5	3,2	4,1	2,7
Bauten	2,9	0,7	2,4	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	-0,5	1,8	2,3	2,5	3,1	2,7
Sonstige Anlageinvestitionen	3,1	2,7	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,7	2,7	2,5	2,4	2,4	2,4
Inländische Verwendung	1,3	1,5	2,0	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,1	2,0	2,3	1,8	1,9	1,6
Exporte	4,0	5,6	3,8	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	5,7	5,5	3,9	3,6	4,8	4,1
Importe	3,7	5,9	4,8	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,6	6,1	6,8	4,8	5,6	4,8
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,7	1,8	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,4	2,0	2,0	1,5	1,9	1,5

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

	2014		2015		2016		2017		2015		2016		2017	
	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr														
Private Konsumausgaben ²	1,0	0,6	1,3	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	0,6	0,7	1,2	1,4	1,3	1,4
Konsumausgaben des Staates	2,3	1,9	2,0	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	1,7	2,0	1,9	2,1	2,4	2,4
Anlageinvestitionen	1,4	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,2	1,2	1,4	1,5	1,5
Ausrüstungen	0,2	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4	0,2	0,2	0,3
Bauten	2,3	1,7	1,8	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	1,8	1,6	1,5	2,0	2,2	2,2
Exporte	-0,1	1,0	-0,2	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	1,3	0,8	-0,4	0,0	0,6	0,7
Importe	-1,6	-1,6	-0,9	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-1,5	-1,6	-1,4	-0,5	0,7	0,8
Bruttoinlandsprodukt	1,7	2,0	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	2,0	2,0	1,6	1,6	1,4	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2014 bis 2017

	2014		2015		2016		2017		2016		2017	
	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
5. Einkommensentstehung und -verteilung												
a) Mrd.EUR												
Primäreinkommen der privaten Haushalte *	2 055,0	2 124,4	2 191,8	2 261,1	2 261,1	2 261,1	2 261,1	2 261,1	1 042,0	1 082,4	1 071,1	1 114,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	271,6	280,9	289,4	299,9	299,9	299,9	299,9	299,9	135,8	145,1	140,1	146,7
Bruttoöhne und -gehälter	1 233,7	1 262,7	1 301,9	1 360,3	1 360,3	1 360,3	1 360,3	1 360,3	601,6	661,1	625,7	685,3
Übrige Primäreinkommen *	569,7	580,8	591,4	600,9	600,9	600,9	600,9	600,9	304,7	276,2	311,3	280,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	409,7	436,2	460,5	481,1	481,1	481,1	481,1	481,1	198,0	238,1	211,3	249,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 464,7	2 560,6	2 652,2	2 742,2	2 742,2	2 742,2	2 742,2	2 742,2	1 240,0	1 320,6	1 288,4	1 363,8
Abschreibungen	517,8	531,2	544,3	556,8	556,8	556,8	556,8	556,8	264,4	266,8	271,2	273,1
Bruttonationaleinkommen	2 982,4	3 091,8	3 196,6	3 299,1	3 299,1	3 299,1	3 299,1	3 299,1	1 504,4	1 587,4	1 559,7	1 636,9
nachrichtlich:												
Volkseinkommen	2 176,2	2 262,8	2 344,5	2 426,6	2 426,6	2 426,6	2 426,6	2 426,6	1 093,5	1 169,3	1 137,1	1 207,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	690,9	719,2	744,1	766,5	766,5	766,5	766,5	766,5	356,2	363,1	371,4	372,8
Arbeitnehmerentgelt	1 485,3	1 543,6	1 600,4	1 660,1	1 660,1	1 660,1	1 660,1	1 660,1	737,3	806,2	765,8	834,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr												
Primäreinkommen der privaten Haushalte *	2,7	3,4	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,3	3,4	3,4	3,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,5	3,4	3,1	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,2	3,6	3,2	2,9
Bruttoöhne und -gehälter	3,9	4,0	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,9	4,2	4,0	3,6
Bruttoöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,7	2,9	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,9	2,8	2,8
Übrige Primäreinkommen *	- 0,2	2,0	1,8	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	2,3	1,6	2,2	1,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	9,1	6,5	5,6	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,2	8,4	6,7	4,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,7	3,9	3,6	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,5	4,3	3,9	3,3
Abschreibungen	2,5	2,6	2,5	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	2,7	2,5	2,6	2,3
Bruttonationaleinkommen	3,5	3,7	3,4	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,3	4,0	3,7	3,1
nachrichtlich:												
Volkseinkommen	3,8	4,0	3,6	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,6	4,4	4,0	3,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,8	4,1	3,5	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,2	5,0	4,3	2,7
Arbeitnehmerentgelt	3,8	3,9	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	4,1	3,9	3,5
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte *												
a) Mrd.EUR												
Masseneinkommen	1 217,8	1 262,8	1 316,1	1 363,4	1 363,4	1 363,4	1 363,4	1 363,4	607,3	655,6	638,5	682,5
Nettoöhne und -gehälter	808,1	836,5	868,9	895,4	895,4	895,4	895,4	895,4	394,6	441,9	411,2	457,7
Monetäre Sozialleistungen	505,6	525,7	550,2	573,3	573,3	573,3	573,3	573,3	262,0	263,7	273,8	276,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	95,8	99,4	103,1	105,3	105,3	105,3	105,3	105,3	49,4	50,0	51,5	51,5
Übrige Primäreinkommen *	569,7	580,8	591,4	600,9	600,9	600,9	600,9	600,9	304,7	276,2	311,3	280,1
Sonstige Transfers (Saldo) >	- 77,4	- 85,5	- 92,3	- 97,8	- 97,8	- 97,8	- 97,8	- 97,8	- 40,5	- 45,0	- 43,3	- 49,0
Verfügbares Einkommen	1 710,1	1 778,1	1 815,2	1 866,6	1 866,6	1 866,6	1 866,6	1 866,6	871,4	886,7	901,6	913,6
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	49,6	50,5	51,5	51,5	51,5	51,5	51,5	51,5	25,0	25,5	25,6	25,7
Konsumausgaben	1 592,2	1 634,0	1 686,5	1 733,3	1 733,3	1 733,3	1 733,3	1 733,3	796,6	837,4	824,0	862,5
Sparen	167,6	174,6	180,0	184,7	184,7	184,7	184,7	184,7	99,7	74,9	103,2	76,8
Sparquote (%) *	9,5	9,7	9,6	9,6	9,6	9,6	9,6	9,6	11,1	8,2	11,1	8,2

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 bis 2017

	2014		2015		2016		2017		2015		2016		2017	
	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr														
Masseneinkommen	3,4	3,7	4,2	3,6	3,5	3,9	4,3	4,1	3,8	3,8	4,1	3,8	3,8	3,4
Nettolöhne und -gehälter	3,6	3,5	3,9	3,0	3,3	3,8	4,2	3,6	3,0	3,0	3,6	3,0	3,0	3,1
Monetäre Sozialleistungen	2,7	4,0	4,7	4,2	4,0	3,9	4,5	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	3,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,4	3,8	3,7	2,2	4,5	3,1	4,4	3,0	1,9	2,4	3,0	1,9	2,4	2,4
Übrige Primäreinkommen ^{a)}	- 0,2	2,0	1,8	1,6	2,3	1,6	2,2	1,4	1,2	2,1	2,2	1,4	1,2	2,1
Verfügbares Einkommen	2,3	2,8	3,2	2,8	2,9	2,8	3,5	3,0	2,8	2,9	3,0	2,8	2,8	2,9
Konsumausgaben	1,9	2,6	3,2	2,8	2,6	2,6	3,4	3,0	2,7	2,9	3,4	3,0	2,7	2,9
Sparen	6,7	4,2	3,1	2,6	4,4	3,9	3,5	2,6	2,7	2,9	3,5	2,6	2,7	2,5

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd.EUR

Einnahmen	659,6	692,9	707,9	739,7	345,9	347,0	353,1	354,8	368,6	371,1
Steuern	481,9	500,7	519,6	544,5	243,0	257,8	252,1	267,4	262,2	279,3
Nettosozialbeiträge	25,0	22,1	21,8	22,1	12,8	9,3	12,4	9,4	12,6	9,5
Vermögenseinkommen	19,1	19,2	19,4	19,8	8,9	10,3	8,9	10,5	9,1	10,7
Sonstige Transfers	12,2	12,7	12,4	12,0	5,2	7,6	5,0	7,5	4,7	7,3
Vermögenstransfers	101,5	103,3	105,5	107,7	48,6	54,7	49,6	55,9	50,6	57,0
Verkäufe	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sonstige Subventionen	1 299,6	1 351,2	1 386,8	1 443,0	664,5	686,7	681,2	705,6	707,9	735,0
Insgesamt										
Ausgaben	378,7	396,6	415,5	434,9	189,5	207,1	199,1	216,4	208,5	226,4
Vorleistungen ^{a)}	224,6	231,8	240,1	247,3	110,9	121,0	115,2	124,9	118,6	128,7
Arbeitnehmerentgelt	51,5	47,5	45,4	45,0	24,3	23,2	23,1	22,4	22,8	22,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	25,5	28,6	27,4	28,0	13,2	13,4	13,6	13,8	13,9	14,1
Subventionen	451,0	471,5	491,6	511,5	234,8	236,7	243,6	247,9	255,0	256,5
Monetäre Sozialleistungen	61,6	63,9	64,8	68,5	37,1	26,8	37,5	27,3	39,6	28,9
Sonstige laufende Transfers	35,9	29,2	29,9	30,3	11,9	17,3	12,1	17,8	12,4	17,9
Vermögenstransfers	63,2	64,5	67,0	69,5	27,9	36,5	28,9	38,0	30,1	39,5
Bruttoinvestitionen	- 1,3	- 6,5	- 14,4	- 14,4	- 5,7	- 0,8	- 0,6	- 0,8	- 0,7	- 0,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	1 290,7	1 325,2	1 380,2	1 433,5	643,9	681,3	672,5	707,7	700,2	733,3
Insgesamt										
Finanzierungs saldo	8,9	25,9	6,6	9,4	20,6	5,3	8,7	- 2,2	7,7	1,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 bis 2017

	2014		2015		2016		2017		2015		2016		2017	
									1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr														
Einnahmen														
Steuern	3,5	5,0	2,2	4,5	4,7	2,1	2,3	4,4	4,6	4,7	2,1	2,3	4,4	4,6
Nettsozialbeiträge	3,7	3,9	3,8	4,2	3,8	4,0	3,8	4,0	4,4	4,0	3,8	3,8	4,0	4,4
Vermögenseinkommen	16,9	- 11,8	- 1,3	1,2	- 2,3	- 2,8	0,9	1,4	1,1	- 2,8	0,9	0,9	1,4	1,1
Sonstige Transfers	3,4	0,5	1,0	2,2	- 0,8	- 0,4	2,1	2,0	2,1	- 0,4	2,1	2,1	2,1	2,2
Vermögenstransfers	17,1	4,8	- 2,3	- 3,7	- 1,4	- 3,6	- 1,4	- 5,6	- 2,5	10,2	- 1,4	- 1,4	- 5,6	- 2,5
Verkäufe	2,0	1,8	2,1	2,1	1,4	2,2	2,2	2,1	2,1	2,2	2,0	2,2	2,1	2,1
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	3,8	4,0	2,6	4,0	3,9	4,1	2,8	3,9	3,9	2,5	2,8	2,8	3,9	4,2
Ausgaben														
Vorleistungen ¹	4,6	4,7	4,8	4,7	5,1	4,4	4,5	4,7	4,6	5,0	4,5	4,5	4,7	4,6
Arbeitnehmerentgelt	2,7	3,2	3,6	3,0	3,7	2,7	3,3	3,0	3,0	3,9	3,3	3,3	3,0	3,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 8,1	- 7,7	- 4,4	- 0,9	- 7,2	- 8,2	- 3,6	- 1,1	- 0,7	- 5,2	- 3,6	- 3,6	- 1,1	- 0,7
Subventionen	4,6	4,4	3,0	2,1	2,1	5,7	3,2	2,1	2,1	3,3	2,7	2,7	2,1	2,1
Monetäre Sozialleistungen	2,8	4,5	4,3	4,0	4,6	4,5	4,7	4,6	3,5	3,8	4,7	4,7	4,6	4,6
Sonstige laufende Transfers	- 2,2	3,8	1,3	5,7	4,0	3,6	2,0	5,8	5,6	0,9	2,0	2,0	5,8	5,6
Vermögenstransfers	17,4	- 18,6	2,2	1,5	- 30,5	8,6	2,4	2,2	1,0	1,8	2,4	2,4	2,2	1,0
Bruttoinvestitionen	- 0,5	1,9	3,9	3,8	3,8	- 0,4	4,1	3,9	3,7	-	-	-	3,9	3,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2,8	2,7	4,1	3,9	2,7	2,6	2,7	4,1	3,6	4,4	3,9	3,9	4,1	3,6

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.
⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.
⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).
⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des RWI;
 2. Halbjahr 2015 sowie 2016 und 2017: Prognose des RWI.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015

Roland Döhrn, György Barabas und Angela Fuest

Konjunktur in Nordrhein-Westfalen: Expansion weiterhin schwächer als im Bundesgebiet¹

Zusammenfassung: Die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen blieb auch 2015 hinter der im übrigen Bundesgebiet zurück. Wir erwarten eine Zunahme des BIP um 0,9% (Deutschland 1,7%). Nahezu alle realwirtschaftlichen Indikatoren entwickeln sich ungünstiger. Allerdings verläuft die Beschäftigungsentwicklung ähnlich wie im übrigen Bundesgebiet. Die schwache wirtschaftliche Dynamik hat strukturelle Gründe. Bei vielen Faktoren, die das Wachstum von Volkswirtschaften treiben, steht Nordrhein-Westfalen ungünstiger da. Hinzu kommen die Belastungen durch die Energiewende und die ungünstige Lage der Haushalte der Kommunen. Letztere führt zu steigenden Belastungen insbesondere mit der Grundsteuer, aber auch zu niedrigen öffentlichen Investitionen. Diese strukturellen Faktoren dürften auch 2016 die Expansion dämpfen. Das BIP dürfte um 1,4% zunehmen (Deutschland: 1,8%). Dabei bleibt die Arbeitslosenquote mit voraussichtlich 8,0% unverändert, dürfte aber in der zweiten Jahreshälfte anziehen, weil mehr und mehr anerkannte Asylbewerber mit schlechten Beschäftigungschancen in den Arbeitsmarkt treten.

Abstract: In 2015, GDP growth in Northrhine Westphalia once again was lower than in Germany as a whole. We forecast an increase by 0.9% (Germany 1.7%). Almost all real economy indicators performed worse. However, employment grew at similar rates as in the residual parts of Germany. The lack of dynamism has above all structural reasons. In most fields which are essential for long term growth of economies Northrhine Westphalia performs below average. In addition, the exit from nuclear and fossil-fuel energy and the tight budget situation in many municipalities mean a burden to growth. The latter results in low public investment and high property taxes. These structural factors will also dampen GDO growth in 2016; we forecast an increase by 1.4 % (Germany 1.8%). Unemployment is expected to be at 8.0% on average, but will increase slightly in the course of the year since refugees with a low employability will increasingly enter the labor market.

¹ Abgeschlossen am 16.12.2015. Wir danken Heinz Gebhardt, Wim Kösters und Sabine Weiler für kritische Anmerkungen zu früheren Fassungen dieses Beitrags. Korrespondenzadresse doehrn@rwi-essen.de

1. Nur mäßige Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahr 2015

Die wirtschaftliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens blieb auch 2015 hinter der im übrigen Deutschland zurück. Im ersten Halbjahr übertraf das reale Bruttoinlandsprodukt den Vorjahreswert lediglich um 0,3%, und die Indikatoren für das zweite Halbjahr lassen nicht erwarten, dass sich daran viel ändert (Schaubild 1). Damit ist 2015 bereits das sechste Jahr in Folge, in dem die nordrhein-westfälische Wirtschaft langsamer wächst als die deutsche. Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2008 war das BIP des Landes noch mit einer ähnlichen Rate wie das Deutschlands gestiegen.

Betrachtet man die Entwicklung differenziert nach Wirtschaftsbereichen, so fällt auf, dass insbesondere die Industrie hierzulande an Boden verliert. Bei der Industrieproduktion zeigt sich regelrecht ein Keil zwischen der Entwicklung Nordrhein-Westfalens und der Bundesrepublik insgesamt. Während die Erzeugung deutschlandweit das Niveau von vor der Rezession 2008/09 inzwischen annähernd erreicht hat, die Bruttowertschöpfung es preisbereinigt sogar um 4% übersteigt, liegen der Produktionsindex und die Bruttowertschöpfung in Nordrhein-Westfalen immer noch deutlich unter dem damaligen Niveau. Günstiger war hingegen die Entwicklung im nordrhein-westfälischen Dienstleistungssektor, dessen Bruttowertschöpfung in den vergangenen Jahren mehr oder weniger parallel zu der in Deutschland zunahm.² Differenziert ist die Bauwirtschaft zu beurteilen. Die Produktion im Bauhauptgewerbe geht in Nordrhein-Westfalen in der Tendenz zurück, während sie im Bundesgebiet aufwärts gerichtet ist. Dies spiegelt sich allerdings nicht in der Bruttowertschöpfung wider, die parallel zu der deutschen steigt. Dies könnte darauf hinweisen, dass die Baukonjunktur hierzulande eher von Sanierung und Modernisierung getragen wird als vom Neubau.³ Alles in allem zeigt die Veränderung der Sektorenstruktur eine „De-Industrialisierung“ des Landes an: Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der (nominalen) Bruttowertschöpfung Nordrhein-Westfalens lag im Jahr 2014 bei 19,5% und damit 2,7%-Punkte unter dem Bundesdurchschnitt. Zum Vergleich: In Baden-Württemberg trug das Verarbeitende Gewerbe während der vergangenen Jahre konstant knapp ein Drittel zur Bruttowertschöpfung des Landes bei, in Bayern waren es zuletzt 26,5% mit steigender Tendenz.

² Am aktuellen Rand gibt es allerdings auch im Dienstleistungssektor Zeichen einer Schwäche. So lagen die Umsätze in den von der vierteljährlichen Konjunkturstatistik erfassten Dienstleistungsbereichen (Verkehr und Lagerei, Information und Kommunikation, Freiberufliche und technische Dienstleistungen, sonstige wirtschaftliche Tätigkeiten) in Nordrhein-Westfalen lediglich um 1% über dem Vorjahreswert, während es in Deutschland insgesamt 3,3% waren.

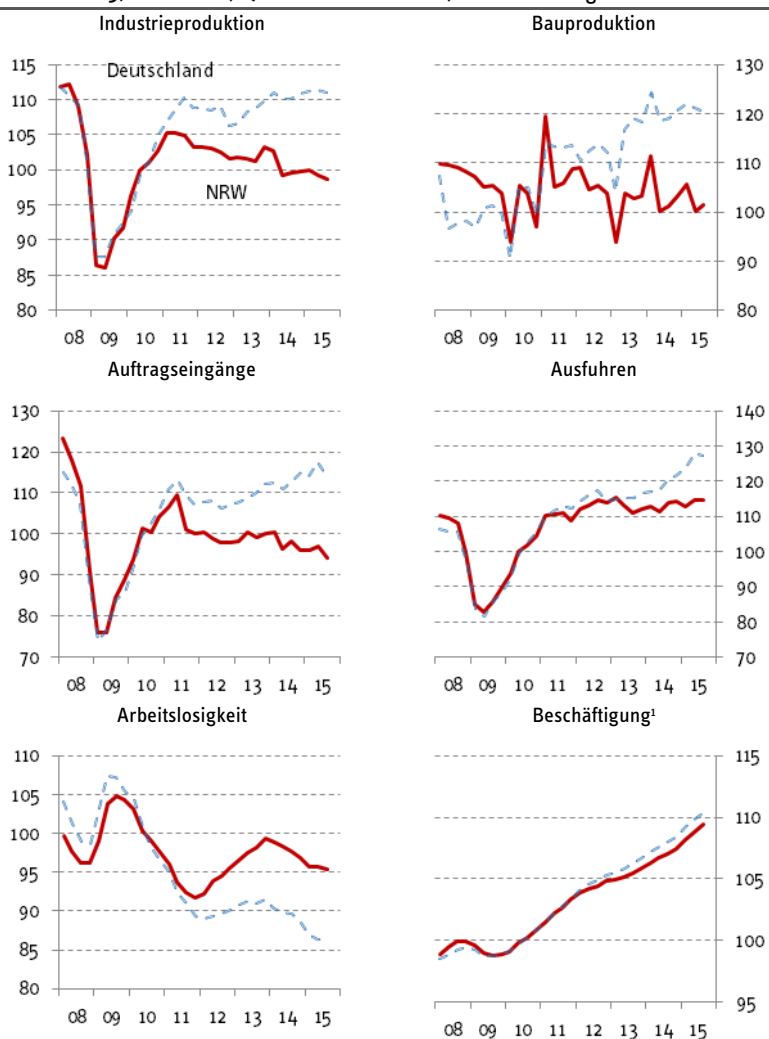
³ Dazu passt die Beobachtung, dass sich nach Angaben des BBSR (2015) das Bauvolumen in Nordrhein-Westfalen langsamer entwickelte als in Deutschland insgesamt.

RWI-Konjunkturbericht 66 (4)

Schaubild 1

Indikatoren der Konjunktur

2008 bis 2015, 2010 = 100, Quartalsdurchschnitte, saisonbereinigt

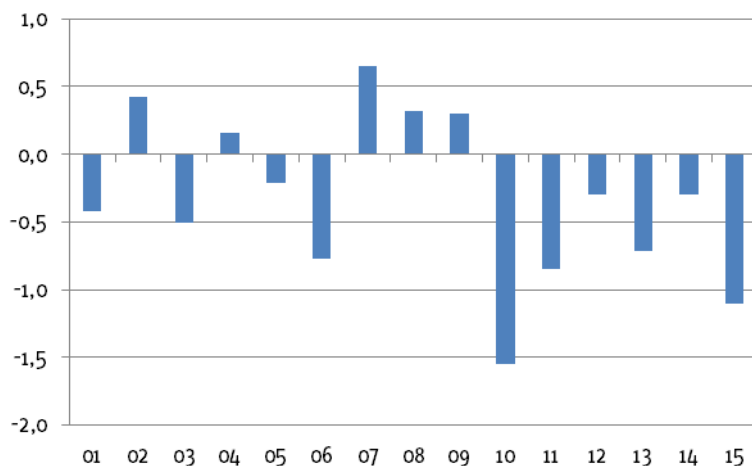


Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Düsseldorf. - ¹Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen

Schaubild 2

Wachstumsabstand Nordrhein-Westfalens gegenüber Deutschland insgesamt
2001 bis 2015; Differenz der Zuwachsraten des realen BIP in Prozentpunkten



Eigene Berechnungen nach Angaben des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. 2015: Erstes Halbjahr.

Die Erwerbstätigkeit entwickelte sich anders als die Produktion ähnlich wie in Deutschland insgesamt. So nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung des Landes in den vergangenen Jahren nur geringfügig langsamer zu als die Deutschlands, im Jahr 2015 entwickelte sie sich sogar in etwa im Gleichschritt mit dem Bundesgebiet.⁴ Bis 2014 war zudem der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen in der Industrie weniger ausgeprägt als der der Bruttowertschöpfung. Kehrseite davon ist jedoch, dass die Produktivität, gemessen an der realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, im Jahr 2014 in Nordrhein-Westfalen rund 3% niedriger war als 2007, dem Jahr mit dem höchsten Wert vor der Rezession; im Bundesgebiet insgesamt waren es 1%. Im Verarbeitenden Gewerbe ist der Unterschied mit einem Minus von 7,2%, verglichen mit einem Plus in Deutschland von 1,2%, noch deutlicher. Hat sich der Anstieg der Arbeitsproduktivität in Deutschland insgesamt bereits verlangsamt,⁵ so stellt sich die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen noch ungünstiger dar. Da jedoch das Produktivitätswachstum eine wesentliche Quelle der Steigerung des Wohlstandes ist, haben sich die Voraussetzungen für ein höheres Wachstum in Nordrhein-Westfalen verschlechtert.

⁴ Dies macht Hoffnung, dass die BIP-Raten am aktuellen Rand etwas nach oben revidiert werden.

⁵ Eine Ursachenanalyse für Deutschland insgesamt findet man z.B. bei SVR (2015): 284-335.

Tabelle

Indikatoren der Triebkräfte der Produktivitätsentwicklung in den Bundesländern

	Aufwendungen für Forschung und Entwicklung 2013	Investitio- nen in neue Anlagen 2012	Sachinvesti- tionen des Staates ¹ 2014	Zugang zur Breit- bandversorgung ² 2015 Insgesamt	Städtische Gebiete
	€ je 1000 Einwohner			% der privaten Haushalte	
Baden-Württemberg	1885	8597	602	71,3	83,1
Bayern	1256	9287	655	67,0	88,6
Berlin	1159	6256	222	90,1	-
Brandenburg	381	5492	393	51,3	77,9
Bremen	1198	8345	348	93,4	-
Hamburg	1315	11370	629	94,4	-
Hessen	1127	7223	426	70,7	86,1
Mecklenburg-Vorp.	427	5423	459	51,1	90,1
Niedersachsen	896	6682	357	69,7	91,5
Nordrhein-Westfalen	667	5506	294	75,3	84,0
Rheinland-Pfalz	662	6308	345	65,9	84,7
Saarland	467	5489	366	69,5	77,1
Sachsen	708	5737	671	47,7	71,7
Sachsen-Anhalt	349	4914	384	40,5	62,4
Schleswig-Holstein	423	6073	359	73,2	91,2
Thüringen	537	5010	436	43,6	74,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, von IT.NRW und des BMVI. – ¹Sachinvestitionen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in der Abgrenzung der Kassenstatistik. – ²Breitbandversorgung über alle Technologien, >50 Mbit/s.

Hier ist nicht der Raum, um auf die Gründe im Detail einzugehen, zumal die Datengrundlage auf Länderebene für tieferegehende Analysen alles andere als gut ist. Auffällig ist jedoch, dass Nordrhein-Westfalen 2012 – neuere Daten liegen derzeit nicht vor – mit 15,9% die geringste Investitionsquote unter den deutschen Ländern aufwies. Auf Defizite deutet auch hin, dass die Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Nordrhein-Westfalen nur gut ein Drittel der Ausgaben in Baden-Württemberg und etwas mehr als die Hälfte der Ausgaben in Bayern ausmachten; im Länder-Ranking nimmt Nordrhein-Westfalen Platz 9 ein (Tabelle 1). Auf den ersten Blick steht das Land bei den Möglichkeiten zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien gut da. Es liegt bei der Versorgung mit schnellen Breitbandanschlüssen mit an der Spitze unter den deutschen Flächenstaaten (BMVI 2015). Berücksichtigt man aber siedlungsstrukturelle Faktoren, so zeigt sich, dass das Nordrhein-Westfalen von seiner hohen Siedlungsdichte profitiert. In städtischen Bereichen ist der Versorgungsgrad beim schnellen Internet (>50 Mbit/s) generell höher als in ländlichen Regionen; im Vergleich von Agglomerationsräumen ist die Versorgung in Nordrhein-Westfalen sogar leicht unterdurchschnittlich. Alles in allem weist das Land bei den Faktoren, die nach

Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen

der Analyse des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) Treiber der Produktivitätsentwicklung und damit des Wohlstandes sind, zumeist einen Rückstand gegenüber anderen Bundesländern auf. In die gleiche Richtung weist auch die Investitionsschwäche der Öffentlichen Hand: Deren Sachinvestitionen liegen in Nordrhein-Westfalen mit 294 € je Einwohner weit unter dem Bundesdurchschnitt (449 € je Einwohner).

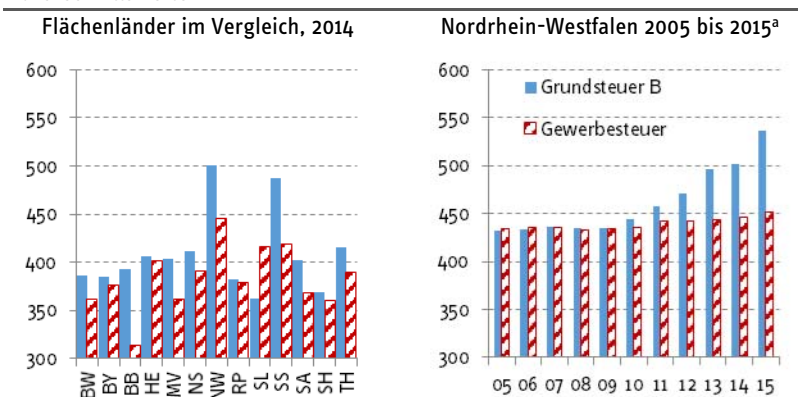
Diese angebotsseitigen Schwächen sind allerdings schon seit längerem zu beobachten. Selbst wenn das Land bei manchen Indikatoren im Zeitverlauf zurückgefallen ist, so kann dies nicht allein erklären, weshalb sich der Wachstumsabstand seit 2009 so eklatant vergrößert hat. Auffällig ist, dass die Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Produktion zeitlich in etwa zusammenfällt mit der Deregulierung der Energiemärkte und mit der Energiewende. Der Energiesektor ist seit jeher ein wichtiger Wirtschaftszweig des Landes. Sein Anteil an der Beschäftigung wie auch an der Bruttowertschöpfung ist deutlich höher als im Bundesgebiet insgesamt. Allerdings wird Energie in Nordrhein-Westfalen vorwiegend auf konventionellem Wege erzeugt und der Anteil von erneuerbaren Energien ist vergleichsweise gering. Die Energiewende entwertet einen Teil des Kapitalstocks. So lassen sich viele Kraftwerke nicht mehr rentabel betreiben. Sie hat über die EEG-Umlage aber auch negative Wirkungen auf die Realeinkommen. Da einerseits alle Stromverbraucher über die EEG-Umlage zur Finanzierung des Ausbaus erneuerbarer Energien herangezogen werden, andererseits die Mittel aber dorthin fließen, wo der „grüne Strom“ erzeugt wird, hat die EEG-Umlage einen beträchtlichen Umverteilungsmechanismus zwischen den Bundesländern ausgelöst. Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein sind Netto-Empfänger dieses Mechanismus, Nordrhein-Westfalen ist, zusammen mit Baden-Württemberg, der bedeutsamste Netto-Zahler. Im Jahr 2014 flossen schätzungsweise netto 3,1 Mrd. € oder 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aus Nordrhein-Westfalen an andere Bundesländer (BDEW 2015: 81-83).

Ein zweiter Faktor, der die Realeinkommen hierzulande dämpft, ist die angespannte Finanzlage vieler Kommunen, die vielfach hohe Hebesätze bei den Realsteuern nach sich zog. Im Jahr 2014 hatte Nordrhein-Westfalen sowohl bei der Grundsteuer B als auch bei der Gewerbesteuer die höchsten durchschnittlichen Hebesätze unter den deutschen Flächenländern (Schaubild 3). Im Zeitverlauf zeigt sich, dass insbesondere die Grundsteuer seit 2009 kräftig angehoben wurde. Bei der Gewerbesteuer waren die Kommunen vorsichtiger, um im Standortwettbewerb nicht noch weiter zurückzufallen. Das Aufkommen der Grundsteuer B hat sich seit 2009 um 21% erhöht, der Grundbetrag, der die real fundierte Steuerbasis beschreibt, hingegen lediglich um

Schaubild 3

Hebesätze der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer¹

Durchschnittswerte



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und von IT.NRW. - ^a2015 eigene Schätzung auf Grundlage der zum 30.6. gültigen Hebesätze.

5%. Die aus den Steigerungen des Hebesatzes resultierende Steuerbelastung lag 2014 um rund 410 Mill. € über der von 2009, und im Jahr 2015 werden es sogar 640 Mill. € sein, die Mehrbelastung gegenüber 2014 wird also 230 Mill. € betragen. Für 2016 sind weitere Anhebungen der Hebesätze angekündigt. Die Grundsteuer wird letztlich von allen Bürgern getragen; von Eigenheimbesitzern direkt, von Mietern über die Nebenkosten. Höhere Hebesätze belasten daher die Realeinkommen. Darüber hinaus können sie sich negativ auf die Bautätigkeit auswirken, zumal Nordrhein-Westfalen auch bei der Grunderwerbsteuer nach der kräftigen Anhebung zu Beginn dieses Jahres an der Spitze unter den Ländern liegt.

Diese Analysen sprechen dafür, dass die zuletzt schwache gesamtwirtschaftliche Expansion in Nordrhein-Westfalen strukturelle Ursachen hat, und daher auch nicht damit zu rechnen ist, dass das Land im Prognosezeitraum bei den BIP-Raten wieder zum übrigen Bundesgebiet aufschließt.

2. Besserungstendenzen am Arbeitsmarkt

Parallel zu der unbefriedigenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen während der vergangenen Jahre in der Grundtendenz nicht verringert. Ungeachtet der wohl auch 2015 schwachen gesamtwirtschaftlichen Expansion zeigten sich jedoch zuletzt Besserungstendenzen am Arbeitsmarkt. So war der Beschäftigungsaufbau deutlich kräftiger als in beiden Jahren

Konjunktur in Nordrhein-Westfalen

zuvor. Im September lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 2,3% über ihrem Vorjahreswert.⁶ Damit blieb der Beschäftigungsaufbau nicht mehr – wie zuletzt beobachtet – hinter dem in Gesamtdeutschland zurück, sondern war vielmehr gleich stark. Besonders ausgeprägt war die Zunahme in einzelnen Wirtschaftszweigen des Dienstleistungsbereichs, wie bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (8,4% im September gegenüber dem Vorjahr) und im Gastgewerbe (6,0%) sowie in den Bereichen Verkehr und Lagerei (5,4%) und Heime und Sozialwesen (4,9%). Dagegen nahm die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse im Bereich Bergbau, Energie- und Wasserversorgung sowie Entsorgungswirtschaft in diesem Jahr weiter ab (-2,7%).

Dabei ist seit Einführung des gesetzlichen Mindestlohns auch in Nordrhein-Westfalen ein Abbau der geringfügigen Beschäftigung zu beobachten. So sank die Zahl der Minijobs im Vorjahresvergleich vor allem im Handel (-8,3%), im Zweig Information und Kommunikation (-6,1%), aber auch im Bergbau (-6,7%) und im Verarbeitenden Gewerbe (-5,7%).⁷ Allerdings ist die Abnahme der geringfügigen Beschäftigung deutlich weniger ausgeprägt als in den neuen Bundesländern, in denen bisher relativ viele Arbeitnehmer unter dem Mindestlohniveau vergütet worden sind.

Die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen ist 2015 seit vier Jahren erstmals wieder gesunken. Jahresdurchschnittlich wird der Rückgang voraussichtlich rund 20 000 Personen betragen, womit die Arbeitslosenquote auf 8,0% abgenommen hat. Damit bleibt der Rückgang allerdings hinter dem in Gesamtdeutschland zurück, und Nordrhein-Westfalen weist nach wie vor die höchste Arbeitslosenquote unter den westlichen Flächenländern auf. Auch gemessen am Beschäftigungsaufbau ist der Abbau der Arbeitslosigkeit relativ gering. Allem Anschein nach wird die Ausweitung der Beschäftigung weiterhin aus einer Erhöhung des Erwerbspersonenpotenzials aufgrund von erhöhter Erwerbsneigung und Zuwanderung gespeist. Dies weist darauf hin, dass die Arbeitslosigkeit im Wesentlichen strukturelle Ursachen hat. Zwar dürfte die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2015 um gut 2% abgenommen haben. Gleichwohl bleibt Nordrhein-Westfalen neben Bremen das Land mit dem mit Abstand höchsten Anteil von Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen (43,4%).

Auf eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit weist auch das Nebeneinander von Regionen mit sehr hoher und sehr niedriger Arbeitslosigkeit hin. So herrscht in Teilen des Münsterlandes, des Sauerlandes sowie Westfalens annähernd Vollbeschäftigung.

⁶ Ergebnisse für Juni bis September 2015 sind vorläufig.

⁷ Diese Angaben beziehen sich auf März 2015 (Bundesagentur für Arbeit) und decken daher nur die ersten Monate seit Einführung des Mindestlohns ab.

RWI Konjunkturbericht 66 (4)

Am geringsten war die Arbeitslosenquote im November 2015 mit 2,8% im Kreis Coesfeld. Gering sind die Quoten auch in den Kreisen Borken (3,7%) und Olpe (4%), im Hochsauerlandkreis (4,4%) sowie in den Kreisen Steinfurt und Höxter (jeweils 4,5%). Dagegen liegen die Arbeitslosenquoten im Ruhrgebiet im zweistelligen Bereich, am höchsten ist sie mit 15% in Gelsenkirchen.

Im Prognosezeitraum wird der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen von der Flüchtlingsmigration beeinflusst werden. Nach dem sog. Königsteiner Schlüssel nimmt das Land etwa 22% der in Deutschland ankommenden Asylbewerber und Flüchtlinge auf. Zwischen Januar und November 2015 wurden nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bereits fast 70 000 Asylanträge in Nordrhein-Westfalen gestellt; im gesamten Jahr zuvor waren es 40 046. Dabei besteht noch ein erheblicher Rückstau bei der Stellung von Anträgen. Zwar haben Asylbewerber nach einem dreimonatigen Aufenthalt in Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen Zugang zum Arbeitsmarkt. Die größten Arbeitsmarktwirkungen sind aber erst im Jahr 2016 und mehr noch im Jahr 2017 zu erwarten (Döhrn et al. 2015). Unter der Annahme, dass die Schutzquoten, die Altersstruktur der Bewerber sowie die Partizipationsrate für alle Bundesländer gleich sind und dass die anerkannten Asylbewerber in dem Bundesland bleiben, in dem der Erstantrag gestellt wurde, dürften im Verlauf von 2016 rund 65 000 Flüchtlinge dem Arbeitsmarkt zusätzlich zur Verfügung stehen.

Die Integration der Flüchtlinge stellt aus zwei Gründen für Nordrhein-Westfalen eine besondere Herausforderung dar. Zum einen erfolgt die Verteilung von Asylbewerbern auf die Länder nach deren Einwohnerzahl und Steueraufkommen, weshalb die Arbeitsmarktlage nur insoweit die Verteilung beeinflusst, wie sie auf die Steuereinnahmen durchschlägt. In einem Land mit hoher struktureller Arbeitslosigkeit dürfte es aber schwerer fallen, häufig gering qualifizierte Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Zum anderen stellt die angespannte Finanzlage vieler Kommunen ein Problem dar. Es ist nämlich Aufgabe der Kommunen, für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zu sorgen, wofür sie vom Land und ab 2016 auch vom Bund einen Zuschuss erhalten. Die Gefahr ist aber groß, dass die durch solche Zuwendungen nicht gedeckten Mehrausgaben entweder durch Einsparungen bei den Investitionen oder durch Erhöhungen der Realsteuern ausgeglichen werden müssen. Beides hätte negative Auswirkungen auf die Wachstumsbedingungen.

Da es sich bei der Bewältigung der Flüchtlingsmigration um eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung handelt, dürfen die Kommunen mit den Kosten nicht alleine gelassen werden. Jedoch wäre aber auch ein voller Kostenersatz nicht zielführend, da so der Druck genommen wird, die Mittel effizient einzusetzen.

3. Ausblick auf 2016: Etwas kräftigere Expansion, aber strukturelle Probleme bremsen

Die deutsche Konjunktur befindet sich gegenwärtig in einem stabilen, von der Binnenwirtschaft getragenen Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland insgesamt dürfte nach einem Anstieg um voraussichtlich 1,7% im Jahr 2015, im kommenden Jahr um 1,8% zulegen (Döhrn et al. 2015). Für Nordrhein-Westfalen sprechen die schwache Zunahme des BIP in der ersten Hälfte dieses Jahres und die ungünstigen Konjunkturindikatoren dafür, dass die Wirtschaft 2015 schwächer expandieren wird als in Deutschland insgesamt. Allerdings scheinen die Angaben zum BIP der Länder im ersten Halbjahr den Unterschied zu überzeichnen.⁸ Hierauf weist hin, dass die Beschäftigung hierzulande sich ähnlich entwickelt wie im übrigen Bundesgebiet. Vor diesem Hintergrund prognostizieren wir, dass das BIP Nordrhein-Westfalens in diesem Jahr um 0,9% zunimmt.

Im kommenden Jahr dürften konjunkturelle Impulse zum einen von einer expansiveren Ausrichtung der Finanzpolitik, zum anderen von nicht unerheblichen Aufwendungen des Staates zur Bewältigung der Flüchtlingsmigration ausgehen. Finanzpolitische Impulse resultieren aus einer, wenn auch geringen Senkung der Einkommensteuer, was die Konsumnachfrage anregen dürfte. Ferner fördert der Bund die Investitionen finanzschwacher Kommunen, und er entlastet die Gemeinden im Vorgriff auf die geplante Reform des Bundesteilhabegesetzes bei den Soziallasten. Letzteres geschieht, indem der Bund einen höheren Teil der Kosten der Unterkunft nach dem Sozialgesetzbuch übernimmt und den Gemeindeanteil am Umsatzsteueraufkommen erhöht (sog. Übergangsmilliarde). Hierdurch stehen den Kommunen NRWs im Jahr 2016 zusätzlich 262 Mill. € zur Verfügung. Angesichts der vielfach angespannten Finanzlage ist allerdings unklar, in welchem Maße diese Mittel für zusätzliche Ausgaben oder zur Defizitreduzierung genutzt werden.

Im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration dürften bei Bund, Ländern und Gemeinden im Jahr 2016 Mehrausgaben in Höhe von insgesamt gesehen rund 8 Mrd. € gegenüber 2015 anfallen. Unter Berücksichtigung der dadurch angestoße-

⁸ Die VGR der Länder werden erfahrungsgemäß erheblich revidiert. Im Zuge der Umsetzung der Revision 2014 der VGR auf Länderebene vergrößerte sich der Rückstand Nordrhein-Westfalens gegenüber dem Bundesdurchschnitt beim Zuwachs des BIP in den Jahren 2010, 2012 und 2013; im Jahr 2011 blieb er unverändert. Für 2014 stellt sich aus heutiger Sicht die Entwicklung etwas günstiger dar als von uns vor einem Jahr ausgehend von den Angaben für die erste Jahreshälfte prognostiziert (Döhrn et al. 2014). Für diese war ein Wachstumsabstand 0,7%-Punkte ausgewiesen worden, aktuell steht für des gesamte Jahr 2014 eine Differenz von -0,3%-Punkten zu Buche.

nen Multiplikatoreffekte einerseits, der Sickerverluste u.a. aufgrund steigender Importe andererseits dürfte von den Ausgaben ein Impuls auf die Konjunktur ausgehen, der zu einem um 0,3%-Punkte höheren Zuwachs des BIP führt. Die Mehrausgaben dürften sich mehr oder weniger proportional auf die Bundesländer verteilen, was an sich dafür spricht, dass der Impuls für die nordrhein-westfälische Wirtschaft eine ähnliche Größenordnung erreicht. Allerdings könnte der fiskalische Impuls geringer ausfallen, weil das Land Nordrhein-Westfalen den Kommunen nur einen Teil der Flüchtlingskosten ersetzt, so dass manche Gemeinden mit angespannter Finanzlage auf Mehrausgaben für Flüchtlinge mit weiteren Abgabenerhöhungen oder Einsparungen an anderer Stelle in ihren Etats reagieren. Gemindert wird dieser Effekt allerdings dadurch, dass sich der Bund verstärkt an den Kosten der Flüchtlinge beteiligt.

Alles in allem ist davon auszugehen, dass auch im Jahr 2016 die angesprochenen strukturellen Faktoren die gesamtwirtschaftliche Expansion in Nordrhein-Westfalen bremsen. Allerdings dürfte sich der Abstand der Expansionsrate gegenüber den anderen Bundesländern etwas verringern, weil die Wirkungen der expansiveren Finanzpolitik und der zusätzlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der Bewältigung der Flüchtlingsmigration die Unterschiede in den Expansionsraten zwischen den Ländern einebnen wird. Wir erwarten für das Jahr 2016 eine Zunahme des BIP um 1,4%.

Für den Arbeitsmarkt Nordrhein-Westfalens erwarten wir für 2016 eine leichte Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus, da die Unternehmen bestrebt sein dürften, ihr Personal wieder besser auszulasten. Damit dürfte die Erwerbstätigkeit etwas langsamer ausgeweitet werden als in Deutschland insgesamt. Für den Jahresdurchschnitt erwarten wir einen Anstieg der Beschäftigung um 1,2%.

Bei der Arbeitslosigkeit zeichnet sich ein Anstieg im Verlauf von 2016 ab. Mehr und mehr Asylbewerber werden anerkannt und haben damit Anspruch auf Arbeitslosengeld II. Sie dürften allerdings zunächst häufig arbeitslos sein, da ihre Beschäftigungschancen durch fehlende Sprachkenntnisse und geringe berufliche Qualifikationen gemindert werden. Allerdings dürfte der Effekt auf die registrierte Arbeitslosigkeit verzögert eintreten, da die betroffenen Personen häufig an Integrationskursen der Bundesagentur für Arbeit teilnehmen und während dieser Zeit nicht als arbeitslos erfasst werden. Daher beeinflusst der für die zweite Jahreshälfte zu erwartende Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahresverlauf nur in geringem Maße die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt. Diese dürfte in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2016 unverändert bei 8,0% liegen.

Konjunktur in Nordrhein-Westfalen

Literatur

BBSR - Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2015), Bauvolumen in den Regionen Deutschlands. BBSR-Analysen KOMPAKT 14/2015.

BDEW - Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (2015). Erneuerbare Energien und das EEG: Zahlen, Fakten, Grafiken (2015). Berlin, BDEW.

BMVI - Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2015), Aktuelle Breitbandverfügbarkeit in Deutschland (Stand: Mitte 2015). Berlin, BMVI.

Döhrn, R. G. Barabas, A. Fuest und H. Gebhardt (2014), Konjunktur in Nordrhein-Westfalen: Expansion bleibt schwach. *RWI Konjunkturberichte* 65 (4): 17-30.

Döhrn, R. G. Barabas, A. Fuest, H. Gebhardt, P. an de Meulen, M. Micheli, S. Rujin, T. Schmidt und L. Zwick (2015), Binnenwirtschaftlicher Aufschwung setzt sich fort. *RWI Konjunkturberichte* 66 (4): 5-21.

SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015). Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt. Jahresgutachten 2015/16. Wiesbaden, SVR.

Roland Döhrn

Prognosen für 2015 im Rückblick¹

Zusammenfassung: Der Beitrag blickt auf die Prognosen für das Jahr 2015 zurück. Er vergleicht die Konjunkturprognosen nationaler und internationaler Institutionen für Deutschland mit den im Januar veröffentlichten ersten Jahresergebnissen und stellt dar, wie sich die Prognosen im Zeitablauf verändert haben. So sollen Erkenntnisse gewonnen werden über die Triebkräfte der Konjunktur im abgelaufenen Jahr und über Entwicklungen, die für die Prognostiker überraschend kamen. Letzteres kann Hinweise auf wirtschaftliche Entwicklungen geben, die von in der Vergangenheit beobachteten Verhaltensmustern abweichen. Die Auswertung zeigt, dass die Zunahme des BIP bereits in den ersten Prognosen recht gut vorhergesagt wurde, dass aber die Triebkräfte der Konjunktur letztlich andere waren als ursprünglich erwartet. Überraschend kam die schwache Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen. Einer tieferen Analyse Bedarf auch, dass sich die Prognosen der deutschen Exporte im Zeitverlauf nur wenig änderte, obwohl die Prognosen des Welthandels deutlich zurückgenommen wurden.

Abstract: This paper reviews the short term forecasts by national and international institutions for the Germany economy in 2005. The forecasts are compared to the first release data of the National Accounts, and it is shown, how forecast changed over time. Thus, the analyses may provide hints at the driving forces of the business cycle as well as on developments that meant a surprise to forecasters. The latter might indicate at changes in the behavior of economic agents. The analyses show that GDP was already predicted quite well in first forecasts published. However, driving forces of the economy deviated much from those expected. In particular, the weak investment in equipment was unexpected. The fact the forecasts of exports were changed little in the light of major downward revisions of expected world trade growth deserves attention.

¹ Der Verfasser dankt Martin Micheli für kritische Anmerkungen zu früheren Fassungen dieses Beitrags. Korrespondenzadresse doehrn@rwi-essen.de

Prognosen für 2015 im Rückblick

Am 14. Januar 2016 veröffentlichte das Statistische Bundesamt erste Jahresergebnisse seiner Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für das Jahr 2015. Danach hat sich das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,7% erhöht. Getragen wurde die Konjunktur vor allem von der inländischen Verwendung, aber auch der Außenbeitrag leistete einen, wenn auch geringen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Expansion. Zwar basieren diese ersten Jahresangaben noch zum Teil auf Schätzungen, weshalb sie erfahrungsgemäß noch mehr oder weniger stark revidiert werden dürften. Jedoch erlauben sie eine erste Bewertung der von verschiedenen nationalen und internationalen Institutionen veröffentlichten Prognosen für das Jahr 2015.

Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen soll nicht eine Evaluation der Treffsicherheit der Prognosen einzelner Institutionen stehen. Ein Urteil über die Prognosen anderer steht einem Beteiligten nicht an, und die Mehrzahl der Prognostiker evaluiert die eigenen Prognosen ohnehin kritisch (z.B. Döhrn et al. 2015: 49-50; Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2015: 38-39; Henzel et al. 2014; Melander et al. 2007). Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen stehen vielmehr die Veränderungen der Prognosen für das vergangene Jahr im Zeitverlauf. Da Prognosen letztlich auch die Einschätzungen ihrer Ersteller bezüglich der Triebkräfte der Konjunktur und der Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Variablen wiedergeben, kann eine solche vergleichende Darstellung Hinweise auf neue ökonomische Fragestellungen geben. So können Änderungen von Prognosen aufzeigen, von welchen Entwicklungen die Zunft der Prognostiker überrascht wurde, und wo in der Vergangenheit beobachtete Verhaltensmuster womöglich nicht mehr gelten. Ferner kann die Terminierung von Prognoseänderungen helfen zu verstehen, was die treibenden Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung im abgelaufenen Jahr waren.

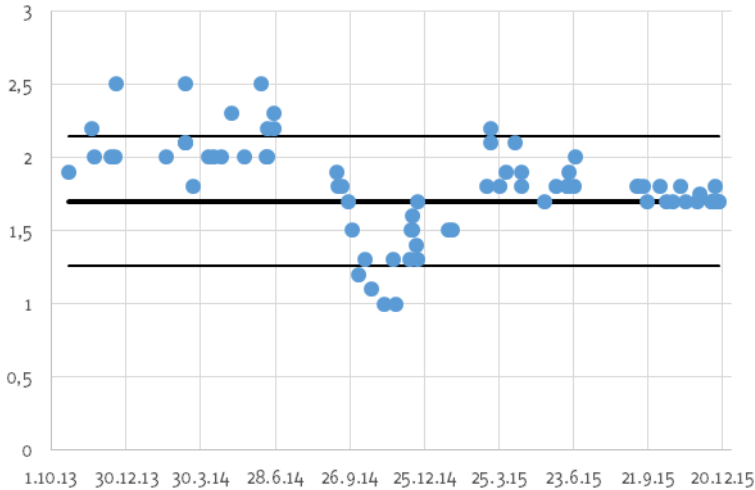
Grundlage der Analysen bildet die Prognosedatenbank des RWI (Kasten). Da diese für jede Prognose auch den Veröffentlichungszeitpunkt bzw., sofern angegeben, den Zeitpunkt ihrer Fertigstellung enthält, erlaubt diese Datenbank, die Veränderungen der Prognosen über die Zeit gewissermaßen tagesgenau nachzuzeichnen. Ob eine Prognose im Lichte späterer Datenrevisionen signifikant vom ersten Jahresergebnis abweicht, soll durch ein 68%-Revisionsband ausgedrückt werden. Dieses Band wird aus den in der Vergangenheit beobachteten Abweichungen der zuerst veröffentlichten Zuwachsraten von den endgültigen Angaben der VGR errechnet.²

² Die Angaben der VGR werden nach der ersten Veröffentlichung noch rund 3½ Jahre lang revidiert (sog. kleine Revisionen), weil während dieser Zeit noch neue Datenquellen veröffentlicht werden. Das 68%-Revisionsband wird errechnet aus der Streuung der zuerst veröffentlichten Veränderungsdaten um die endgültigen Raten. Auch nach dieser Frist von 3½ Jahren kann es im Rahmen sog. großer Revisionen noch zu Änderungen der VGR kommen. Diese werden bei der Berechnung des Revisionsbandes aber nur dann berücksichtigt, wenn sie sich mit den kleinen Revisionen überlappen. Stützzeitraum für die Berechnung des Revisionsbandes sind die Jahre 1993 bis 2011.

Schaubild 1

Prognosen der Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2015 in Abhängigkeit vom Veröffentlichungszeitpunkt

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %



Nach Angaben der Prognosedatenbank des RWI. Die mittlere Linie kennzeichnet das Jahresergebnis 2015, die äußeren Linien das 68%-Revisionsband. Zu dessen Berechnung siehe Fußnote 2.

Schaubild 1 zeigt, wie sich die Prognose des Zuwachses des BIP über die Zeit verändert hat.³ Die ersten Prognosen für das Jahr 2015, die im letzten Quartal des Jahres 2013 veröffentlicht wurden, waren gemessen am nun veröffentlichten Jahresergebnis zwar etwas zu optimistisch, sie liegen aber vielfach noch im Bereich des Revisionsbandes. Deutlich schwächer als nun veröffentlicht wurde die Expansion des BIP im Herbst des Jahres 2014 eingeschätzt; in dieser Zeit liegt eine Reihe von Prognosen unterhalb des Revisionsbandes. Damals hatte eine schwache Expansion des BIP im zweiten Quartal 2014 in Verbindung mit ungünstigen Konjunkturindikatoren für das dritte Quartal zahlreiche Prognostiker veranlasst, die Erwartungen für 2015 deutlich nach unten zu schrauben. Aber bereits die im Dezember 2014 veröffentlichten Prognosen lagen wieder nahe beim (vorläufigen) Ist-Wert, und daran änderte sich im Verlauf des Jahres 2015 wenig.

³ Eine ähnliche Darstellung für 2014 findet man in SVR(2014): 96.

Prognosen für 2015 im Rückblick

Kasten

Die RWI-Prognosedatenbank

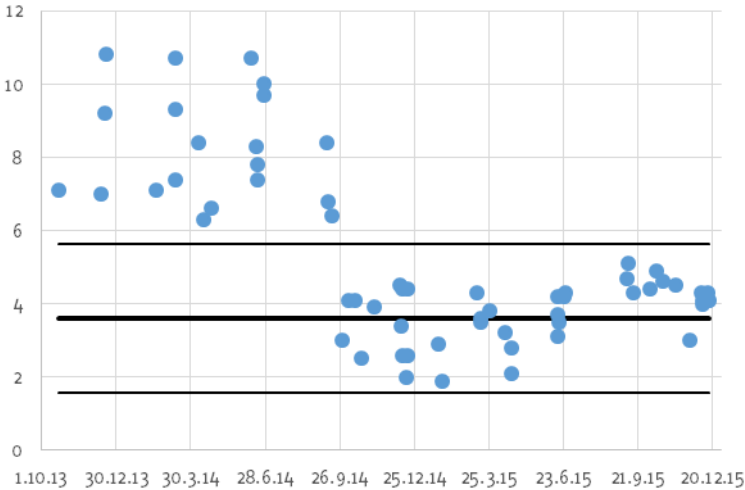
Die RWI-Prognosedatenbank enthält Prognosen von 15 Instituten und Institutionen, die öffentlich zugänglich sind und einen hinreichenden Detaillierungsgrad aufweisen. Es handelt sich dabei um Prognosen der der WGL angehörenden Wirtschaftsforschungsinstitute, also des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, des ifo Instituts, des Instituts für Weltwirtschaft Kiel, des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle und des RWI. Ferner sind erfasst die Prognosen des Instituts der Deutschen Wirtschaft, des Instituts für Makroökonomie und Konjunktur und des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI). Hinzu kommen die Prognosen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) und der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose. Daneben enthält die Datenbank die Vorausschätzungen der Deutschen Bundesbank und der Bundesregierung. Schließlich sind auch die Deutschland-Prognosen internationaler Institutionen, namentlich der OECD, der Europäischen Kommission und des Internationalen Währungsfonds in der Datenbank enthalten. Erfasst sind von diesen Institutionen alle Prognosen, die über längere Zeiträume regelmäßig und ohne Unterbrechung veröffentlicht werden. Viele Institute publizieren vier Prognosen pro Jahr und sind entsprechend mit vier Prognosen in der Datenbank vertreten.

Erfassungszeitraum sind die Jahre ab 1991, d.h. er umfasst derzeit 25 Jahre. Viele Prognosen werden aber erst ab einem späteren Zeitpunkt erstellt oder veröffentlicht und liegen entsprechend nur für kürzere Zeiträume vor. Bis einschließlich 1994 wurden dabei Prognosen für Westdeutschland, danach solche für Gesamtdeutschland erfasst.

Für jede Prognose enthält die Datenbank bis zu 17 prognostizierte Variablen. Neben den Veränderungsdaten der wesentlichen Verwendungsaggregate der VGR (BIP, Privater Konsum, Staatskonsum, Bruttoanlageinvestitionen – unterteilt nach Ausrüstungs- und Bauinvestitionen –, inländische Verwendung, Export und Import) sind dies auch der Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags, die Inflationsrate (gemessen an den Verbraucherpreisen) sowie der staatliche Finanzierungssaldo (in Relation zum BIP in %). Ferner werden als internationale Variablen die Prognosen der Veränderungsdaten des BIP der USA und – ab 1999 – des Euro-Raums sowie der Inflation im Euro-Raum erfasst. Schließlich enthält die Datenbank die Annahmen zum Rohölpreis (Brent; Dollar je Barrel) und zur Veränderung des Welthandelsvolumens. Letzteres kann allerdings bei den einzelnen Prognostikern unterschiedlich abgegrenzt sein. Nicht alle Institutionen machen Angaben zu allen erfassten Variablen. Auch gibt es – da die Datenbank sich im Aufbau befindet – noch Erfassungslücken.

Schaubild 2 zeigt einen der Faktoren, die zu der Abwärtsrevision der Prognosen für 2015 im Herbst 2014 beigetragen hatte. Bei den Ausrüstungsinvestitionen waren bis dahin kräftige Zuwächse erwartet worden. In einigen Prognosen ging man sogar von

Schaubild 2
Prognosen der Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2015 in Abhängigkeit vom Veröffentlichungszeitpunkt
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %



Nach Angaben der Prognosedatenbank des RWI. Die mittlere Linie kennzeichnet das Jahresergebnis 2015, die äußeren Linien das 68%-Revisionsband. Zu dessen Berechnung siehe Fußnote 2.

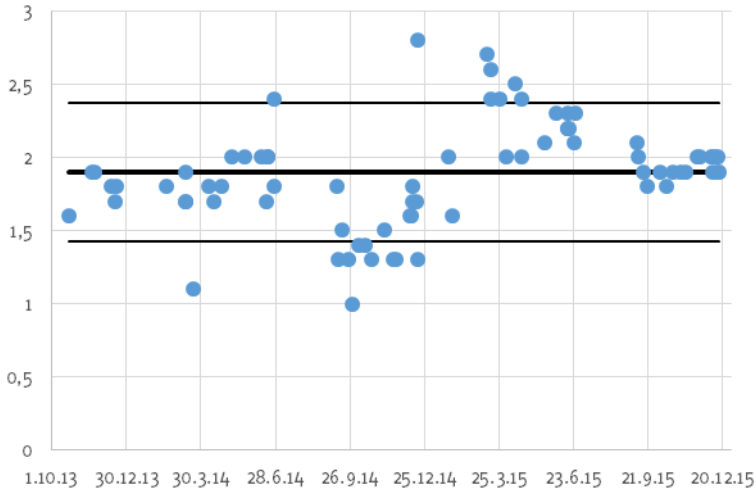
einer Zunahme im zweistelligen Bereich aus. Im Herbst 2014 drehten sich allerdings die Erwartungen. In alle seitdem veröffentlichten Prognosen waren Raten eingestellt, die im Bereich zwischen 2% und 5% lagen. Selbst wenn man die aller Erfahrung nach recht kräftigen Revisionen der Angaben zu den Ausrüstungsinvestitionen in Rechnung stellt: Alle vor dem Herbst 2014 veröffentlichten Prognosen liegen oberhalb, und die seitdem veröffentlichten innerhalb des Revisionsbandes. Während die Abwärtsrevision der Prognose der Ausrüstungsinvestitionen im Herbst 2014 vor dem Hintergrund der erwarteten ungünstigeren Konjunktur noch plausibel erscheint, ist erklärungsbedürftig, weshalb die ab der Jahreswende 2014/15 sich wieder verbessernden Konjunkturerwartungen nicht zu einer Aufwärtsrevision bei den Ausrüstungsinvestitionen führten – aus heutiger Perspektive zu Recht, denn das erste Jahresergebnis lautet 3,6%.

Die ab der Jahreswende 2014/15 wieder günstigere Konjunktüreinschätzung fußte, wie Schaubild 3 zeigt, insbesondere auf der Erwartung, dass die privaten Konsumausgaben verstärkt zunehmen. Wesentliche Ursache hierfür war der Rückgang des Rohölpreises und die durch ihn implizierten Realeinkommensgewinne. Bis in den

Prognosen für 2015 im Rückblick

Schaubild 3

Prognosen der Zunahme der Privaten Konsumausgaben im Jahr 2015 in Abhängigkeit vom Veröffentlichungszeitpunkt
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %



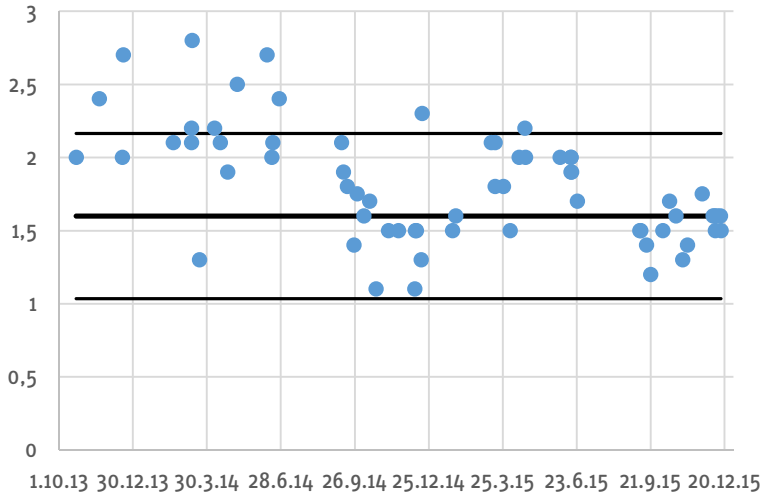
Nach Angaben der Prognosedatenbank des RWI. Die mittlere Linie kennzeichnet das Jahresergebnis 2015, die äußeren Linien das 68%-Revisionsband. Zu dessen Berechnung siehe Fußnote 2.

Herbst 2014 hinein hatten alle Prognosen für 2015 einen Rohölpreis (Brent) von mehr als 100\$ je Barrel unterstellt. Der dann einsetzende rasante Preisrückgang schlug sich mit einer Verzögerung in den Prognosen nieder, wobei angesichts des rapiden Preisrückgangs schon wenige Tage Unterschied im Veröffentlichungszeitpunkt der Prognosen einen Unterschied machen können. Die früh im Dezember 2014 veröffentlichten Prognosen unterstellten in der Mehrheit noch einen Rohölpreis von 85\$ je Barrel, die später im Dezember publizierten hingegen bereits einen von nur rund 70\$ je Barrel. Im Frühjahr 2015 erwartete die Mehrzahl der Prognostiker bei weiter gesunkenem Ölpreis eine Zunahme der privaten Konsumausgaben um deutlich mehr als 2%. Allerdings setzte im weiteren Verlauf des Jahres eine gewisse Skepsis hinsichtlich der Konsumententwicklung ein: Der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Zuwachs des Privaten Konsums im zweiten Quartal war recht gering, und der Ölpreis war zwischenzeitlich wieder gestiegen. Das vorläufige Jahresergebnis gibt den Zuwachs des Konsums mit 1,9% an. Alle ab Mai 2015 veröffentlichten Prognosen weichen gemessen am Revisionsband nicht signifikant davon ab. Bemerkenswerterweise gilt dies

Schaubild 4

Prognosen der Zunahme der inländischen Verwendung im Jahr 2015 in Abhängigkeit vom Veröffentlichungszeitpunkt

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %



Nach Angaben der Prognosedatenbank des RWI. Die mittlere Linie kennzeichnet das Jahresergebnis 2015, die äußeren Linien das 68%-Revisionsband. Zu dessen Berechnung siehe Fußnote 2.

aber auch für die vor der Jahresmitte 2014 veröffentlichten Prognosen, die noch von hohen Ölpreisen ausgegangen waren. Die von Anfang an für 2015 erwartete gute Konsumkonjunktur ist also allem Anschein nach aus anderen Gründen eingetreten als zunächst unterstellt.

Ende 2013 und in der ersten Jahreshälfte 2014 herrschte die Einschätzung vor, dass die Expansion im Jahr 2015 von der Inlandsnachfrage getragen werden wird. Die weitaus überwiegende Mehrzahl der damals publizierten Prognosen ging von Zuwächsen von 2% und mehr aus. Nennenswerte *terms of trade*-Gewinne waren dabei allerdings nicht unterstellt; einen Rückgang der Rohstoffpreise in dem heute bekannten Ausmaß hatte niemand in die Prognose eingestellt. Man hatte vielmehr – wie gezeigt – einen von den Investitionen getriebenen Aufschwung vor Augen, wie man ihn in der Vergangenheit in Deutschland des Öfteren beobachtet hatte.⁴ In dem Maße,

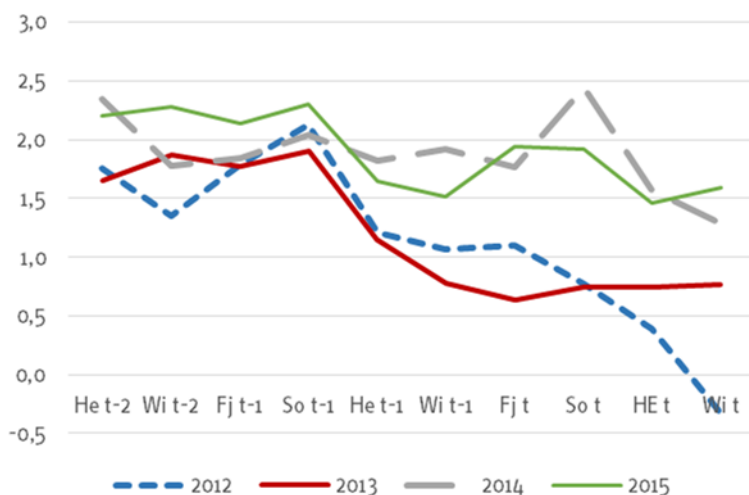
⁴ Im Durchschnitt aller Aufschwungsphasen der Jahre 1971 bis 2013 – legt man die Zyklensklassifikation des RWI mit Hilfe der kanonischen Diskriminanzanalyse zugrunde – nahmen die Ausrüstungsinvestitionen um gut 6% gegenüber dem Vorjahr zu (Döhrn 2014: 57).

Prognosen für 2015 im Rückblick

Schaubild 5

Veränderung der Prognosen der inländischen Verwendung im Zeitverlauf

Prognosen für die Jahre 2012 bis 2015; Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %



Nach Angaben der Prognosedatenbank des RWI. Mittelwert der in im jeweiligen Vierteljahr veröffentlichten Prognosen, zur Abgrenzung der Vierteljahre siehe Fußnote 5.

wie die Hoffnungen auf einen kräftigen Investitionsaufschwung schwanden, wurde auch die Prognose der inländischen Verwendung zurückgenommen (Schaubild 4). Danach schlugen sich die aufgrund der gesunkenen Ölpreise erwarteten kräftigen Impulse seitens der privaten Konsumausgaben in einer Aufwärtsrevision der Prognosen der inländischen Verwendung nieder. Das vorläufige Jahresergebnis liegt mit 1,6% deutlich unter den Erwartungen der ersten Prognosen, wenn auch fast alle seit Herbst 2014 erstellten Prognosen innerhalb des Prognosebandes liegen. Allerdings muss auch gesagt werden, dass die inländische Verwendung womöglich noch schwächer zugenommen hätte, wären nicht die staatlichen Konsumausgaben im Zusammenhang mit der Bewältigung der Flüchtlingsmigration im Jahr 2015 unerwartet kräftig ausgeweitet worden. Der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Zuwachs des Staatskonsums um 2,8% liegt deutlich über allen Prognosen.

Anfänglich übertriebene Erwartungen bezüglich der inländischen Verwendung waren eine Gemeinsamkeit der Prognosen für die vergangenen Jahre. Um die Darstellung nicht mit Details zu überfrachten, zeigt Schaubild 5 lediglich die Mittelwerte der in den einzelnen Vierteljahren veröffentlichten Prognosen, wobei die Vierteljahre

nicht kalendarisch, sondern entsprechend der Veröffentlichungstermine der VGR abgegrenzt sind.⁵ Besonders ausgeprägt war dies 2012 und 2013. Im Jahr 2012 gab es statt des ursprünglich erwarteten Zuwachses der Inländischen Verwendung um gut 1,5% am Ende einen Rückgang, im Jahre 2013 war das Plus am Ende weniger als halb so hoch wie anfänglich prognostiziert. In den Jahren 2014 und 2015 waren die im Lauf der Zeit vorgenommenen Abwärtskorrekturen weniger ausgeprägt, aber auch hier war man anfangs zu optimistisch: Statt den anfangs erwarteten 2,4% betrug das Plus 2014 nur 1,3%, und 2015 – wie erwähnt – statt erwarteten 2,2% nur 1,6%.

Im Gegenzug zu der anfangs erwarteten hohen Zunahme der Inlandsnachfrage wurde von den meisten Prognostikern zunächst ein negativer Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags erwartet (Schaubild 6). Erst ab September 2015, als die Werte für die erste Jahreshälfte bekannt waren, wurde generell ein leicht positiver Wachstumsbeitrag vorhergesagt. Allerdings herrschte bei dieser Variablen wenig Einigkeit unter den Prognostikern. Einzelne erwarteten bereits im Jahr 2014 für 2015 einen positiven Wachstumsbeitrag und sollten Recht behalten: Das vorläufige Jahresergebnis für den Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags lautet 0,2%-Punkte. Allerdings ist hier die Datenunsicherheit recht groß; ein leicht negativer Wachstumsbeitrag liegt derzeit im 68%-Revisionsband.

Auch in den Prognosen für die Jahre 2012 bis 2014 war anfangs ein negativer Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags erwartet worden; ergeben hat sich dieser jedoch nur im Jahr 2013. Es ist nicht auszuschließen, dass die Prognosen des Außenbeitrags in jüngster Zeit von der Erwartung motiviert waren, dass sich der deutsche Leistungsbilanzsaldo verringert. Da sich frühe Prognosen auf keinerlei „harte“ Information stützen können, geben sie nämlich eher Annahmen und theoretische Überlegungen wieder, und diese mögen durch die Diskussion über den deutschen Leistungsbilanzüberschuss beeinflusst worden sein. Der Weg zu einem negativen Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags wurde im Allgemeinen in einem kräftigen Anstieg der Importe aufgrund einer wieder deutlicher steigenden Inlandsnachfrage gesehen. Dafür spricht jedenfalls die im Querschnittsvergleich der hier betrachteten Prognosen hohe Korrelation zwischen den Prognosen der Einfuhren und denen der inländischen Verwendung ($r = 0,61$).

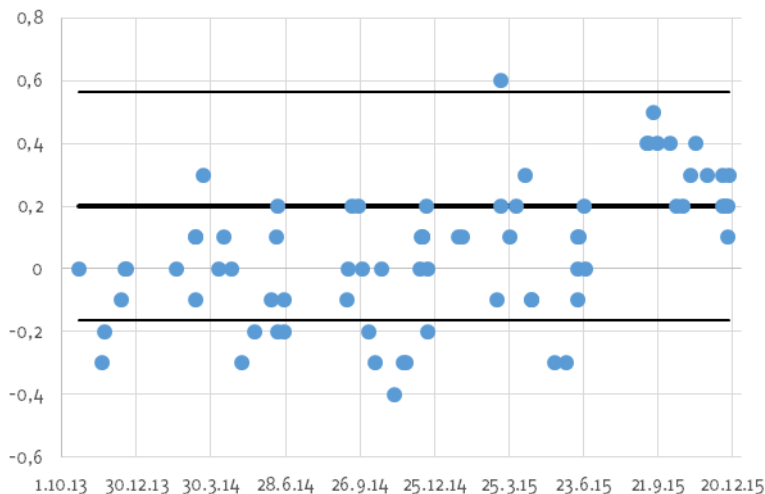
⁵ So beginnt z.B. das Winter-Vierteljahr Mitte November mit der Veröffentlichung der vierteljährlichen VGR für das dritte Quartal des jeweiligen Jahres und es endet im Februar mit der Publikation der vierteljährlichen VGR für das vierte Quartal des jeweiligen Vorjahres.

Prognosen für 2015 im Rückblick

Schaubild 6

Prognosen des Wachstumsbeitrags des Außenbeitrags im Jahr 2015 in Abhängigkeit vom Veröffentlichungszeitpunkt

Beitrag zur Expansion des BIP in %-Punkten



Nach Angaben der Prognosedatenbank des RWI. Die mittlere Linie kennzeichnet das Jahresergebnis 2015, die äußeren Linien das 68%-Revisionsband. Zu dessen Berechnung siehe Fußnote 2.

Die Ausfuhren waren hingegen anfangs zum Teil etwas zu optimistisch eingeschätzt worden, wobei allerdings eine relativ große Uneinigkeit zwischen den Prognostikern herrschte (Schaubild 7). Im Durchschnitt wurde die Entwicklung der Exporte von Anfang an – gemessen an den Revisionsfehlern – nicht schlecht eingeschätzt, und dies, obwohl die Prognosen für den Welthandel und die weltwirtschaftliche Produktion im Jahr 2015 im Laufe der Zeit deutlich nach unten korrigiert wurden. So erwartete der Internationale Währungsfonds im April 2014 noch eine Ausweitung des Welthandels im Jahr 2015 um 5,3% und einen Anstieg der Weltproduktion um 3,9%. Nach den jüngst veröffentlichten vorläufigen Schätzungen dürfte der Welthandel nur um 2,6% und die Weltproduktion um 3,1% gestiegen sein (IMF 2016). Die Prognosen der deutschen Exporte haben sich gegenüber den geänderten Einschätzungen ihrer wichtigen Bestimmungsgründe als recht widerstandsfähig erwiesen.

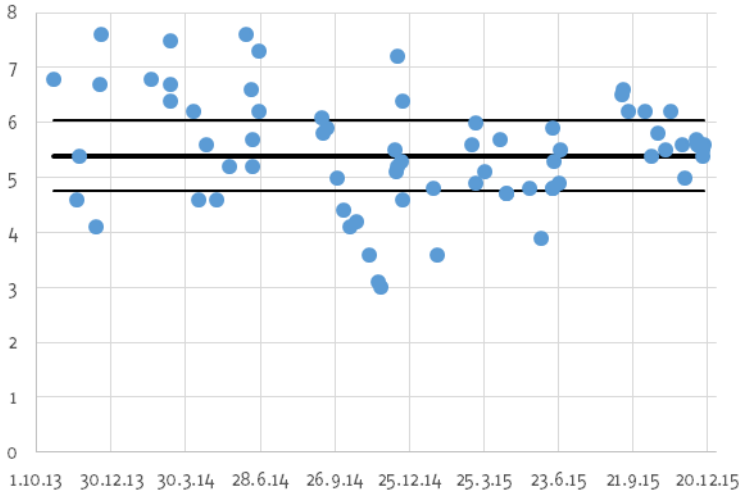
Fazit

Alles in allem waren die Prognosen für das Jahr 2015 vergleichsweise treffsicher in dem Sinne, dass von Anfang an eine Zuwachsrate des BIP erwartet wurde, die dem

Schaubild 7

Prognosen der Ausfuhren im Jahr 2015 in Abhängigkeit vom Veröffentlichungszeitpunkt

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %



Nach Angaben der Prognosedatenbank des RWI. Die mittlere Linie kennzeichnet das Jahresergebnis 2015, die äußeren Linien das 68%-Revisionsband. Zu dessen Berechnung siehe Fußnote 2.

(vorläufigen) realisierten Wert recht nahe kommt. Auch war die Erwartung gerechtfertigt, dass die Expansion wesentlich von der inländischen Nachfrage getragen wird. Bei näherem Hinsehen zeigt sich aber, dass manches anders kam als ursprünglich erwartet. Nicht eine durch die Investitionen ausgelöste interne Dynamik trieb die Inlandsnachfrage an, sondern Realeinkommensgewinne aufgrund des gesunkenen Rohölpreises und gegen Ende des Jahres 2015 auch erhöhte staatliche Aufwendungen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Zudem trug der Außenbeitrag entgegen den ursprünglichen Erwartungen positiv zur gesamtwirtschaftlichen Expansion bei. Die prognostizierte Beschleunigung des Zuwachses der Ausrustungsinvestitionen blieb dagegen trotz nicht gerade ungünstiger binnenwirtschaftlicher Rahmenbedingungen aus.

Prognosen geben, wie eingangs gesagt, auch einen Eindruck von den wirtschaftstheoretischen Hypothesen und den empirischen Zusammenhängen, die Prognostiker für plausibel halten. Vor diesem Hintergrund wirft die hier vorgenommene Auswertung der Prognosen für das Jahr 2015 insbesondere zwei Fragen auf. Erstens: Weshalb kam es in Deutschland nicht zu dem erwarteten, von den Investitionen getragenen Aufschwung? Zweitens: Weshalb nahmen die deutschen Exporte ungeachtet der

Prognosen für 2015 im Rückblick

unerwartet schwachen Expansion des Welthandels vergleichsweise kräftig zu? Beide Fragen sind zwar nicht neu. So wird die – tatsächliche oder vermeintliche – Investitionsschwäche Deutschlands inzwischen breit diskutiert, und auch die Verlangsamung der Expansion des Welthandels und ihre Folgen für den deutschen Export haben verstärkt Aufmerksamkeit gefunden. Die Auswertung der Prognosen unterstreicht aber die Notwendigkeit einer intensiven Auseinandersetzung mit diesen Themen.

Literatur

Döhrn, R. (2014), Konjunkturdiagnose und -prognose. Eine anwendungsorientierte Einführung. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler.

Döhrn, R., G. Barabas, A. Fuest, H. Gebhardt, P. an de Meulen, M. Micheli, S. Rujin und L. Zwick (2015), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Kräftige Expansion – nachlassender Schub im kommenden Jahr. RWI Konjunkturberichte 66 (1): 43-108.

Henzel, S, W. Nierhaus und T. Wollmershäuser (2014), Evaluation der ifo Konjunkturprognosen. *ifo Schnelldienst* 67 (14): 43-45.

IMF – International Monetary Fund (2016), Subdued Demand, Dimished Prospects. World Economic Outlook Update. Washington D.C., IMF.

Melander, A., G. Sismanidis and D. Grenouilleau (2007), The track record of the Commission's forecasts – an update. Economic Papers 291. Brüssel, Europäische Kommission.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2015), Kräftiger Aufschwung dank günstigem Öl und schwachem Euro. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2015. München.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2014), Mehr Vertrauen in Marktprozesse. Jahresgutachten 14/15. Wiesbaden, SVR.